

## **Leben im Bezirk Schwaz**

### **Einkommen und Lebenshaltungskosten der Bevölkerung im Bezirk Schwaz**

**Dr. Andreas Höferl, Susanne Halmer  
Wien, März 2008**

## Vorwort

Die öffentliche Diskussion in Österreich ist in den letzten Jahren zunehmend davon geprägt, dass die Einkommen breiter Bevölkerungsschichten kaum mehr zunehmen, jedoch die Ausgaben und Belastungen der privaten Haushalte spürbar steigen. Tatsächlich bestätigen verschiedenste Quellen und Berichte, dass insbesondere kleinere Einkommen in Österreich – etwa der ArbeiterInnen und PensionistInnen - in den letzten Jahren sogar mehrmals reale Verluste hinnehmen mussten, während auf der anderen Seite wichtige Lebenshaltungskosten – etwa Wohn-, Energie- oder Gesundheitskosten – überdurchschnittlich stark gestiegen sind.

Als Ursachen dafür werden auf der Einkommenseite häufig die gestiegene Arbeitslosigkeit genannt, die deutliche Zunahme gering bezahlter Beschäftigungen, ein Anstieg der Löhne und Gehälter, der geringer ausfällt als der Anstieg der Preise und der wirtschaftlichen Wertschöpfung, oder Pensionsanpassungen unter der Teuerungsrate. Auf der Ausgabenseite sind es vor allem die gestiegenen Wohnkosten, die Kosten für die Mobilität und die Gesundheit, die gestiegenen Energiekosten oder jene für die Kinderbetreuung, welche die Haushalte belasten. Doch auch der zunehmende Aufwand für Bildung oder die Pflege Angehöriger belastet zeitlich, finanziell wie auch psychisch eine wachsende Zahl von Menschen.

Diese Arbeit untersucht am Beispiel des Bezirkes Schwaz die Einkommen und die wichtigsten Lebenshaltungskosten und Belastungen der privaten Haushalte und will damit konkrete Fakten und Daten zum öffentlichen Dialog beitragen.

Dr. Andreas Höferl

Generalsekretär der ÖGPP

Wien, im März 2008

## INHALT:

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>5</b>
1.1 Bevölkerung .....	5
1.2 Wirtschaft .....	5
1.3 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit .....	6
<b>2. Einkommen .....</b>	<b>9</b>
2.1 Arbeitnehmerentgelte .....	9
2.1.1 Gegenwärtige Situation .....	9
2.1.2 Entwicklungstendenzen .....	12
2.1.3 Exkurs: Einkommen von MigrantInnen .....	13
2.2 Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse .....	14
2.2.1 Selbständigeneinkommen .....	14
2.2.2 Betriebsüberschüsse (Gewinne) .....	15
2.2.3 Entwicklungstendenzen .....	16
2.3 Vermögenseinkommen .....	16
2.3.1 Zinseinkünfte .....	17
2.3.2 Vermietung und Verpachtung .....	17
2.4 Einkünfte aus umverteiltem Einkommen .....	18
2.4.1 Armutgefährdung und Armut .....	19
2.4.2 Pensionen .....	21
2.4.3 Pflegegeld .....	22
2.4.4 Arbeitslosengeld und Notstandshilfe .....	23
2.4.5 Krankengeld .....	24
2.4.6 Familienleistungen .....	25
2.4.7 Sozialhilfe .....	28
2.4.8 Weitere Sozial- und Transferleistungen des Landes Tirol .....	29
2.5 Zunehmend ungleiche Verteilung von Einkommen .....	31
<b>3. Ausgaben der privaten Haushalte .....</b>	<b>32</b>
3.1 Verbrauchsausgaben (Übersicht) .....	32
3.2 Wohnen .....	36
3.2.1 Zahl, EigentümerInnen, Ausstattung, Größe und Nutzung der Wohnungen .....	36
3.2.2 Wohnkosten .....	37
3.2.3 Betriebskosten .....	40
3.2.4 Neubaukosten .....	41
3.3 Mobilität .....	42

3.3.1	Besitz und Nutzung von Fahrzeugen, PendlerInnen .....	42
3.3.2	Mobilitätskosten .....	43
3.4	Familie .....	44
3.4.1	Familienstrukturen .....	44
3.4.2	Kinder und Kinderbetreuung .....	45
3.4.3	Kosten der Kinderbetreuung .....	47
3.4.4	Schule und Bildungskosten .....	48
3.4.5	Kosten von Pflege und Behinderungen .....	49
3.5	Ausgaben für Gesundheitspflege .....	50
3.6	Kommunikationskosten .....	51
3.7	Vermögensbildung - Sparen .....	52
3.8	Schulden .....	53
3.9	Kaufkraft in Tirol .....	54
<b>4.</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>55</b>
	<b>Quellen .....</b>	<b>60</b>

# 1. Einleitung

## 1.1 Bevölkerung

Das Land Tirol wies 2005 697.435 EinwohnerInnen aus. Mit 77.584 lebten 11% der Landesbevölkerung im Bezirk Schwaz. Das Bevölkerungswachstum lag 2005 in Schwaz mit plus 0,8% um 0,1% über dem Landesdurchschnitt. Künftig wird die Bevölkerungszahl in Tirol weiterhin zunehmen, wobei Schwaz sich, wie im Moment, im Mittelfeld des Bevölkerungswachstums in Tirol befinden wird.

Wohnbevölkerung 2005 nach Altersgruppen<sup>1</sup>

	Einwohner 2005	Veränderung gegenüber 2004 in %	unter 15 Jahren	15-64 Jahre	über 65 Jahre	Männer	Frauen
Schwaz	77.584	0,8	13.905	53.077	10.602	38.198	39.386
TIROL	697.435	0,7	118.286	476.668	102.481	340.585	356.850

## 1.2 Wirtschaft

Die Siedlungs- und Arbeitszentren des Bezirkes befinden sich im Inntal (Schwaz, Jenbach, Vomp) und im Zillertal (Mayrhofen, Fügen, Zell am Ziller). Die regionale Wirtschaftsstruktur wird vom Dienstleistungssektor geprägt, innerhalb dessen in erster Linie der (zweisaisonale) Tourismus dominiert (Ziller- und Tuxertal, Achensee-Rofengebirge). Im Bereich des sekundären Sektors haben die Bauwirtschaft und der Maschinenbau sowie die Branche Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden größere Bedeutung. Wichtige Standorte des industriell-gewerblichen Sektors sind Schwaz (mit dem größten Unternehmen, den Swarovsky KG Tyrolit-Schleifmittelwerken), Jenbach (mit der metallverarbeitenden GE Jenbacher GmbH+CoOHG), Kaltenbach, Zell am Ziller und Fügen, die größten Produktionsbetriebe sind den Branchen Bauwirtschaft, Metallindustrie, Maschinenbau, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden und Holzindustrie zuzuordnen.

Die wirtschaftliche Leistungskraft Tirols liegt seit Mitte der 1990er Jahre über dem österreichischen Durchschnitt und sie wächst auch stärker als in Österreich insgesamt. In der Region Tiroler Unterland werden etwa 35% der Tiroler Wertschöpfung erarbeitet, **der Anstieg des Bruttoregionalprodukts in der Region Tiroler Unterland lag in den letzten Jahren aber über dem Landes- und über dem Bundesdurchschnitt.**

---

<sup>1</sup> Amt der Tiroler Landesregierung: Demographische Daten Tirol 2005

Bruttoregionalprodukt absolut (in Mio. €) und pro Kopf (in €) nach NUTS-Regionen 1995 bis 2004<sup>2</sup>

	BRP absolut in Mio. €					BRP pro Kopf in €				
	1995	2000	2004	Veränderung 1995-2004		1995	2000	2004	Veränderung 1995-2004	
				absolut	in %				absolut	in %
Tiroler Unterland	4.818	5.882	7.013	2.195	45,6	22.800	26.700	30.000	7.200	31,6
TIROL	14.848	15.121	20.305	5.457	36,8	22.800	26.500	29.500	6.700	29,4
ÖSTERREICH	175.526	210.392	235.819	60.293	34,4	22.100	26.300	28.800	6.700	30,3

### 1.3 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

2006 waren im Bezirk Schwaz nach Angaben des Arbeitsmarktservices 39.040 Menschen berufstätig. Von ihnen waren 33.664 (86%) unselbständig und 5.376 (14%) selbständig beschäftigt.

**11,3% aller Tiroler Berufstätigen waren im Bezirk Schwaz beschäftigt.** Die Erwerbstätigenquote lag im Bezirk Schwaz sowohl über dem Landes- als auch über dem Bundesdurchschnitt.

Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2006<sup>3,4</sup>

	Berufstätige	unselbständig erwerbstätig	selbständig erwerbstätig	Erwerbsquote
Schwaz	39.040	33.664	5.376	79,3
TIROL	344.068	301.273	42.795	77,9
ÖSTERREICH	4.023.720	3.541.622	482.098	77,3

Nur 64% der Tiroler Arbeitnehmer und gar nur 37,5% der Tiroler Arbeitnehmerinnen waren zuletzt (2005) ganzjährig vollzeitbeschäftigt, hatten also einen „Normalarbeitsplatz“. Ein Drittel der Tiroler Männer und mehr als die Hälfte der Tiroler Frauen waren entweder nur teilzeitbeschäftigt oder zeitweise arbeitslos. Dies hat enorme Auswirkungen auf die Einkommen und die wachsende Gruppe der „working poor“, von Menschen, die trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet sind, wie später gezeigt wird.

**Im Bezirk Schwaz hatten zuletzt (2005) nur etwa 13.800 bzw. 66,2% der männlichen Arbeitnehmer und etwa 6.500 bzw. 37,1% der weiblichen Arbeitnehmer einen Normalarbeitsplatz.** Insgesamt waren im Bezirk Schwaz 2005 20.272 Männer und Frauen (60,8%) ganzjährig vollzeitbeschäftigt, aber **18.011 ArbeitnehmerInnen (39,2%) nur teilzeitbeschäftigt oder zeitweise arbeitslos.**

<sup>2</sup> Statistik Austria: www.statistik.at

<sup>3</sup> AMS: Bezirksprofil Schwaz 2006

<sup>4</sup> Beschäftigte plus arbeitslose Personen

### Voll- und Teilzeitbeschäftigte Schwazer Arbeitnehmer (Männer) 2005<sup>5</sup>

BEZIRK	Arbeitnehmer Männer	Männer vollzeitbeschäftigt	Männer teilzeitbeschäftigt	Männer ganzjährig beschäftigt	Männer nicht ganzjährig beschäftigt	Männer ganzjährig und vollzeitbesch.	
							in %
Schwaz	20.871	19.223	1.648	14.571	6.300	13.810	66,2
TIROL	173.873	156.076	17.797	119.423	54.450	111.318	64,0
ÖSTERREICH	1,987.211	1,769.140	218.071	1,456.314	530.897	1,351.033	68,0

### Voll- und Teilzeitbeschäftigte Schwazer Arbeitnehmerinnen (Frauen) 2005<sup>6</sup>

BEZIRK	Arbeitnehmer Frauen	Frauen vollzeitbeschäftigt	Frauen teilzeitbeschäftigt	Frauen ganzjährig beschäftigt	Frauen nicht ganzjährig beschäftigt	Frauen ganzjährig und vollzeitbesch.	
							in %
Schwaz	17.412	10.160	7.252	11.190	6.222	6.462	37,1
TIROL	149.766	82.624	67.142	100.114	49.652	56.092	37,5
ÖSTERREICH	1,682.389	961.120	721.269	1,247.994	434.395	743.649	44,2

Auch in Tirol verstärkte sich in den letzten Jahren der Trend zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Von 1998 bis 2005 nahm die Zahl der geringfügig Beschäftigten in Tirol um etwa 4.500 Menschen oder 26% zu (20.149). Innerhalb nur eines Jahres erhöhte sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten um weitere 11,6% auf 22.489 Personen im Jahr 2006. Im Bezirk Schwaz arbeiteten im Juli 2006 1.570 Personen geringfügig beschäftigt, davon war der überwiegende Teil Frauen (76%). Insgesamt arbeiteten aber nur etwa 7% aller geringfügig Beschäftigten in Tirol im Bezirk Schwaz. Der überwiegende Teil (in etwa die Hälfte) der geringfügig Beschäftigten war im Raum Innsbruck zu finden. Geringfügig Beschäftigte haben ein Einkommen weit unter der Armutsgefährdungsgrenze, weshalb sie zur Gruppe der „working poor“ gezählt werden.

### Geringfügig Beschäftigte nach Geschlecht 2006<sup>7,8</sup>

	gesamt	Männer	Frauen
Schwaz	1.570	372	1.198
TIROL	22.489	5.669	16.820

Das Niveau der **Arbeitslosigkeit** liegt in Tirol deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote lag 2006 mit 5,5% über ein Prozent unter dem österreichischen Wert von 6,8%. Die Arbeitslosigkeit ist in Tirol nach einem Rückgang bis zum Jahr 2000 in den letzten Jahren wieder angestiegen. Erst im Jahr 2006 gab es wieder eine Abnahme auf durchschnittlich 16.701 Arbeitslose. Zählt man auch jene Arbeitslosen dazu, die sich in Schulungen befanden, so

<sup>5</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.248 f.

<sup>6</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.260 f.

<sup>7</sup> die Zahlen für Schwaz stammen aus dem Juli 2006, aktuellere Zahlen sind nicht verfügbar

<sup>8</sup> AK-Tirol bzw. Anfrage an AK-Tirol

gab es in Tirol 2006 18.465 arbeitslose. **Im Bezirk Schwaz lag die Arbeitslosenquote mit 5,1% deutlich unter dem Landesdurchschnitt.**

Arbeitslose 2005 und 2006 im Jahresdurchschnitt<sup>9</sup>

	Arbeitslose		Arbeitslosenquote in %		Arbeitslose in Schulungen		Arbeitslose insgesamt	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Schwaz	1.837	1.719	5,6	5,1	126	153	1.963	1.872
TIROL	17.439	16.701	5,8	5,5	1.553	1.764	18.992	18.465
ÖSTERREICH	252.654	239.174	7,3	6,8	48.590	57.504	301.244	296.678

---

<sup>9</sup> AMS, Arbeitsmarktdaten

## **2. Einkommen**

Einkommen ist in der Regel Voraussetzung für die Bestreitung der Lebenshaltungskosten, die Schaffung und Sicherung der Existenz, für mehr oder weniger Wohlstand, Armut oder Reichtum, und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Einkommen entsteht durch Wertschöpfung und Umverteilung. Die Summe aller Wertschöpfungen in einer Volkswirtschaft (Bruttonational- oder Volkseinkommen) gliedert sich in ArbeitnehmerInnenentgelte, Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse sowie Vermögenseinkommen. Durch Umverteilung (von Steuern und Abgaben) entstehen zudem die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen, also die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen.

Bei den Einkommen aus Wertschöpfung sind Einkommen, die durch Erwerbsarbeit entstehen (also Arbeitnehmerentgelte, Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse) von jenen Einkommen zu unterscheiden, die durch Vermögen (Kapital, Grund und Boden) entstehen.

### **2.1 Arbeitnehmerentgelte**

Arbeitnehmerentgelte sind Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit.

#### **2.1.1 Gegenwärtige Situation**

Die Lohnsteuerstatistik weist für Tirol zuletzt (2005) 324.440 Bruttobezüge von ArbeitnehmerInnen auf, von denen 238.700 aus Vollzeitbeschäftigungen und 84.939 aus Teilzeitbeschäftigungen stammten.

**Im Bezirk Schwaz lagen die Arbeitnehmereinkommen zuletzt (2005) um 0,8% unter dem Tiroler Durchschnitt und um 11% unter dem Bundesdurchschnitt.**

#### **Beschäftigungsarten und Jahresnettobezüge ArbeitnehmerInnen in Tirol und Schwaz 2005<sup>10</sup>**

Bezirk	Zahl der Bezüge	aus Vollzeitbeschäftigungen	aus Teilzeitbeschäftigungen	Durchschn. Jahresnettobezug in €
Schwaz	38.374	29.383	8.900	15.727
TIROL	324.440	238.700	84.939	15.898

---

<sup>10</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.240

Vergleich der Arbeitnehmernettoeinkommen in Tirol mit Österreich in % 2005<sup>11</sup>

Bezirk	Erwerbseinkommen
ÖSTERREICH	100,0
<b>Schwaz</b>	<b>89,0</b>
TIROL	89,8

Die **Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen** sind in Tirol mit 62,5% höher als im Bundesdurchschnitt (56,9%). Im Bezirk **Schwaz** sind sie mit 67,5% auch höher als im Landesdurchschnitt.

Im Bezirk Schwaz lag das Einkommen der **Frauen** zuletzt (2005) mit durchschnittlich 11.499 Euro pro Jahr knapp unter dem Landes- und weit - um **mehr als 16 % - unter dem Bundesdurchschnitt**. Innerhalb Tirols lag das Einkommen der Frauen im Bezirk Schwaz im mittleren Bereich, am besten verdienten Tiroler Frauen in der Stadt Innsbruck (durchschnittlich 13.659 Euro netto pro Jahr). Das Einkommen der **Männer** im Bezirk Schwaz verhält sich wie jenes der Frauen, es lag mit 19.259 im mittleren Bereich innerhalb Tirols, aber ebenfalls – allerdings nur um **etwas mehr als 10 % - unter dem Bundesdurchschnitt**.

Jahresnettobezüge der Tiroler ArbeitnehmerInnen nach Geschlecht und Bezirken 2005<sup>12</sup>

	Männer und Frauen	Netto-Bezug Männer	Netto-Bezug Frauen	Differenz Männern gegenüber Frauen in %
Schwaz	15.727	19.259	11.499	67,5
TIROL	15.898	19.340	11.901	62,5
ÖSTERREICH	17.672	21.503	13.706	56,9

Mehr als die Hälfte aller Tiroler Jahresbezüge (50,4%) waren geringer als 20.000 Euro brutto pro Jahr. Fast drei Viertel (73,4 %) aller Jahresbezüge von Tiroler ArbeitnehmerInnen waren im Jahr 2005 auch geringer als 30.000 Euro brutto.<sup>13</sup> Die obersten 13% der Bezugspyramide vereinigte mehr als ein Drittel (35% oder 2,5 Mrd. Euro) der gesamten Bezugssumme auf sich.<sup>14</sup>

Aussagekräftiger als der Blick auf die Durchschnittseinkommen ist die Differenzierung danach, ob eine ganzjährige Vollzeitbeschäftigung bestand oder nicht.

**Männer:** Ein ganzjährig vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer verdiente 2005 im Bezirk Schwaz durchschnittlich 24.271 Euro. Das waren um etwa 3% weniger als der Landesdurchschnitt (25.086 Euro) und sogar um etwa 9% weniger als der Bundesdurchschnitt (26.588 Euro). Aber nur 66% bzw. 13.810 Arbeitnehmer im Bezirk Schwaz waren ganzjährig vollzeitbeschäftigt.

<sup>11</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.240, eigene Berechnung

<sup>12</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.240, S.246, S.264 und eigene Berechnungen

<sup>13</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.162

<sup>14</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.162

761 Arbeitnehmer (3,6%) waren ganzjährig teilzeitbeschäftigt. Ihr Einkommen lag mit durchschnittlich 13.549 um 1,2% über dem Landes- und um etwa 3,5% unter dem Bundesschnitt. Das Einkommen der 6.300 nicht ganzjährig beschäftigten Männer im Bezirk Schwaz (30,2% aller beschäftigten Männer) lag mit durchschnittlich 8.996 Euro zwar um 5,4% über dem Landes- und um 8% über dem Bundesdurchschnitt, aber bereits deutlich unter der Armutsgefährdungsgrenze (von 10.796 Euro im Jahr 2005). Der Sozialbericht 2003-2004 bestätigte, dass Menschen die unregelmäßig beschäftigt oder nicht erwerbstätig sind, eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdungsquote (von 17 bis 19%) aufweisen.<sup>15</sup>

Jahresnettobezüge der Tiroler Arbeitnehmer (Männer) nach Bezirken 2005<sup>16</sup>

	Netto-Bezug Männer	Männer ganzjährig vollzeitbeschäftigt	Männer ganzjährig teilzeitbeschäftigt	Männer nicht ganzjährig beschäftigt
Schwaz	19.259	24.271	13.549	8.996
TIROL	19.340	25.086	13.389	8.536
Österreich	21.503	26.588	14.047	8.331

**Frauen:** Nur 37% der Arbeitnehmerinnen im Bezirk Schwaz (6.462) waren zuletzt (2005) ganzjährig vollzeitbeschäftigt. Sie verdienten mit durchschnittlich 17.933 Euro netto 5% weniger als im Landes- und sogar 12% weniger als im Bundesdurchschnitt. Die 4.728 ganzjährig teilzeitbeschäftigten Frauen im Bezirk Schwaz verdienten dagegen durchschnittlich nur 10.058 Euro, das waren ebenfalls 12% weniger als im Bundesdurchschnitt. Die Einkommen der 6.261 nicht ganzjährig beschäftigten Frauen lagen im Bezirk Schwaz mit durchschnittlich 5.946 Euro bereits fast 50% unter der Armutsgefährdungsgrenze.

Jahresnettobezüge der Tiroler Arbeitnehmerinnen (Frauen) nach Bezirken 2005<sup>17</sup>

	Netto-Bezug Frauen	Frauen ganzjährig vollzeitbeschäftigt	Frauen ganzjährig teilzeitbeschäftigt	Frauen nicht ganzjährig beschäftigt
Schwaz	11.499	17.933	10.058	5.946
TIROL	11.901	18.795	10.516	5.368
Österreich	13.706	20.369	11.441	5.557

Zwei Drittel aller Frauen in Österreich arbeiteten – nach Angaben des Mikrozensus 2002<sup>18</sup> - aus familiären Gründen nur Teilzeit, um sich der Kinderbetreuung, Haushaltsführung oder Pflege von Angehörigen widmen zu können.

<sup>15</sup> Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.218

<sup>16</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, Kap.9 und Kap.10

<sup>17</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, Kap.9 und Kap.10

<sup>18</sup> Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003, S. 42

Ein wesentlicher Grund für die Einkommensdifferenzen von Männern und Frauen sind auch die unterschiedlichen beruflichen Positionen von Frauen und Männern. Frauen sind stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten.

### **2.1.2 Entwicklungstendenzen**

**Sinkender Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der Wertschöpfung:** Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Bruttonationaleinkommen – dem Volkseinkommen – in Österreich nimmt seit 1982 ab und war im Jahr 2005 um rund 7,5% niedriger als noch vor 13 Jahren.<sup>19</sup> Die ArbeitnehmerInnen bekommen also einen immer kleiner werdenden Anteil an der gemeinsamen Wertschöpfung, obwohl ihre Zahl in Österreich um etwa 400.000 höher ist als 1981.<sup>20</sup>

**Wachsende Einkommensunterschiede:** In der jüngsten Vergangenheit sind vor allem die Einkommen der ArbeitnehmerInnen der unteren Einkommensgruppen geringer geworden, während besserverdienende Angestellte und BeamtInnen kontinuierliche Einkommenszuwächse hatten. Die Lohnsteuerstatistiken weisen nach, dass allein von 1997 bis 2006 die Nettolöhne und -gehälter der untersten 30% EinkommensbezieherInnen in Österreich in diesen Jahren nominell nur um insgesamt 2,95% gestiegen. In den Jahren davor konnte sind die Einkommen inflationsbereinigt zeitweise sogar gesunken. Die Bruttoeinkommen der mittleren Quartils sind nominell in diesen Jahren um 16% gestiegen. Die Einkommen des obersten Einkommensquartils sind dagegen um 19,1% gewachsen. Überdurchschnittlich dazuverdient haben in den diesen Jahren somit jene, die bereits überdurchschnittlich viel verdienen. Das Zunehmen der „*Ungleichheit bei den Unselbständigen-Einkommen*“ hat bereits der Sozialbericht 2001/2002 zur Diskussion gestellt.

Auch eine Studie des WIFO im Herbst 2005 bestätigt: Im Jahr 1992 bezogen die obersten 20% der LohnsteuerzahlerInnen in Österreich 39,1% der Einkommen, die untersten 20% 6,9%. Ein Jahrzehnt später (2003) bezogen die obersten 20 % bereits 46,1 % der Einkommen, die untersten 20% dagegen nur noch 2,3%. Auch der Gini-Koeffizient bringt zum Ausdruck, dass die Einkommensverteilung in Österreich in den letzten Jahren ungleicher geworden ist und die Einkommensunterschiede kräftig gestiegen sind.<sup>21</sup> Auch die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind größer geworden, vor allem in den niedrigeren Einkommensbereichen.

**Zunahme atypischer Beschäftigungen:** Das Zurückbleiben der Einkommensentwicklung unterer Einkommensgruppen hängt auch eng zusammen mit der deutlichen Zunahme „atypischer“ Beschäftigungen mit geringen Einkommen seit Mitte der 90er Jahre, auf die bereits hingewiesen wurde.

---

<sup>19</sup> Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1976-2005, S.41

<sup>20</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 07

vgl. dazu auch: ÖGPP – Armut- und Reichtumsbericht für Österreich

<sup>21</sup> Alois Guger, Markus Marterbauer: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, S.622

**Zunehmende Armutsgefährdung Erwerbstätiger („working poor“):** Das Phänomen der „working poor“ nimmt deutlich zu. Der Begriff umfasst all jene Menschen, *„die aktuell erwerbstätig und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind und deren Haushaltseinkommen (als Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltsgröße und Altersstruktur – das heißt äquivalisiert) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt“*.<sup>22</sup> Dies trifft in Österreich auf 7% der Erwerbstätigen zu. Das wären **in ganz Tirol rund 25.000 Erwerbstätige, wovon etwa 2.800 aus dem Bezirk Schwaz stammen**. Mit ihnen sind oft auch die Familienmitglieder armutsgefährdet, insbesondere in Haushalten, wo nur eine Person erwerbstätig ist, also besonders in Alleinerzieher-Haushalten und Mehrkeindfamilien. Die deutliche Mehrheit dieser armutsgefährdeten und armen Erwerbstätigen sind Frauen.

### **2.1.3 Exkurs: Einkommen von MigrantInnen**

Relativ dünn ist die Quellenlage hinsichtlich der Einkommen von MigrantInnen. Einige Hinweise dazu liefert die jährliche Erhebung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen“ (EU-SILC) der Statistik Austria. Insgesamt gilt für Österreich, dass MigrantInnen weit schlechtere Einkommen haben als ÖsterreicherInnen. 72% der MigrantInnen (einschließlich der Kinder und Älteren) mussten zuletzt (2005) mit einem Einkommen unter oder in der Höhe des Medianeinkommens leben, nur 28% steht ein überdurchschnittliches Einkommen zur Verfügung. Etwas besser ist die Situation für Eingebürgerte, von denen nur 66% ein Einkommen unter oder in der Höhe des Medianeinkommens zur Verfügung hatten.<sup>23</sup>

Zudem bestehen durchschnittlich nur 25% der Einkommen von MigrantInnen-Haushalten in Österreich in Form von Sozialleistungen und Pensionen, während es bei den ÖsterreicherInnen durchschnittlich 35% sind.<sup>24</sup>

Umgelegt auf Tirol bedeutet das, dass von den 71.211 im Jahr 2005<sup>25</sup> in Tirol lebenden Ausländern etwa 51.000 in Haushalten lebten, deren Einkommen unter oder in der Höhe des durchschnittlichen Erwerbseinkommens in Tirol liegen. Etwa 18.500 der mehr als 71.000 AusländerInnen in Tirol sind armutsgefährdet. Mehr als 26.000 (37%) der MigrantInnen leben in Substandard- oder überbelegten und verhältnismäßig teuren Wohnungen.

Im Bezirk Schwaz lebten zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (2001) etwa 7.000 ausländische StaatsbürgerInnen. Insgesamt gab es aber weitere rund 8.400 Menschen, die im Ausland geboren wurden.<sup>26</sup> Wenn man die Armutsgefährdungsquote unter MigrantInnen in Österreich (27%) bzw. Eingebürgerten (26%) heranzieht und davon ausgeht, dass die Armutsgefährdung im Bezirk

---

<sup>22</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.35

<sup>23</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.106

<sup>24</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.42

<sup>25</sup> Amt der Tiroler Landesregierung: Demographische Daten Tirol 2005, S.12

<sup>26</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I - Tirol, S.72 und S.82

Schwaz nicht wesentlich anders ist, so kann angenommen werden, dass im Bezirk etwa 4.000 MigrantInnen und Eingebürgerte armutsgefährdet sind.

## **2.2 Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse**

Die zweite große Gruppe der Erwerbseinkommen sind die Selbständigeneinkommen und Bruttobetriebsüberschüsse: es sind die Einkommen von Selbständigen und Unternehmen nach Abzug der Arbeitnehmerentgelte, Abschreibungen und Produktionsabgaben (wie Umsatz- und Verbrauchssteuern), aber noch vor Gewinnsteuern.

### **2.2.1 Selbständigeneinkommen**

Selbständige erzielen ihr Einkommen in der Regel durch Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit im Rahmen eines Gewerbebetriebes, einer Land- bzw. Forstwirtschaft oder aus anderer selbständiger Tätigkeit (Werkvertrag, freie DienstnehmerInnen u.ä.m.), die mitunter auch neben einer unselbständigen Beschäftigung erfolgt. Ihre Einkommen sind häufig eine Mischung aus Arbeitseinkommen, Einkünften aus Kapitalvermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung und somit weit schwerer erfassbar als etwa die Entgelte der ArbeitnehmerInnen.<sup>27</sup>

Die Einkommensteuerstatistik wies zuletzt (2004) für den Bezirk Schwaz 8.649 Einkommensteuerpflichtige aus. Von diesen waren aber lediglich 3.229 insoweit „selbständig“, als sie keine weiteren Einkünfte auch aus unselbständiger Erwerbstätigkeit hatten. Von diesen Selbständigen hatten 1.731 (bzw. 53,6%) Einkünfte, aufgrund derer eine Steuerzahlung entstand, 1.498 (46,4%) waren „Nullfälle“, hatten also aufgrund des geringen Einkommens, das nach Geltendmachung von Ausgaben blieb, kein zu versteuerndes Einkommen.<sup>28</sup> Die Armutsgefährdungsquote von Selbständigen liegt in Österreich bei 12%.<sup>29</sup>

Selbständig Erwerbstätige in Tirol 2004<sup>30</sup>

	Fälle insgesamt	Nullfälle	Steuerfälle	davon Selbständige	davon Gewerbebetrieb	davon Vermietung und Verpachtung	Steuerfälle: Einkünfte in Mio. €	Je Fall in €
Schwaz	8.649	2.791	5.858	1.000	2.517	2.828	228,993	39.091
TIROL	84.466	26.802	57.664	13.343	22.822	21.198	2.291,24	39.734

<sup>27</sup> Rechnungshof: Einkommensbericht 2002, S.6 und 15

<sup>28</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2004

<sup>29</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.36

<sup>30</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2004

„Kommen die rein selbständig Tätigen über eine Nullfall-Position hinaus, dann erzielen sie deutlich höhere Einkommen als unselbständig Erwerbstätige“, stellt auch der Sozialbericht 2001/2002 fest.<sup>31</sup> **Rein selbständig Tätige hatten im Bezirk Schwaz zuletzt (2004) jährliche Einkünfte von durchschnittlich 35.227 Euro.** Die Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb betragen im Bezirk Schwaz durchschnittlich 33.576 Euro. Immerhin 111 Personen hatten durchschnittliche Kapitaleinkommen von 5.531 Euro jährlich. Und 2.528 Personen hatten im Bezirk Schwaz Einkommen aus Vermietung und Verpachtung von durchschnittlich 6.059 Euro pro Jahr. Die Einkommen der Selbstständigen lagen damit etwas (4%) über dem Landesdurchschnitt, die Einkommen aus einem Gewerbebetrieb dagegen deutlich (um 23%) über dem Landesdurchschnitt. Die Einkommen aus Kapitalvermögen lagen um 38% und die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung um 12% unter dem Landesdurchschnitt.

### **2.2.2 Betriebsüberschüsse (Gewinne)**

Neben den Einkommen der Selbständigen, die durch die Einkommensteuerstatistik erfasst werden können, werden die Einkommen der Betriebe (der Kapitalgesellschaften – also Aktiengesellschaften oder GmbHs), die Betriebsüberschüsse, durch die Körperschaftssteuerstatistik erfasst.

Die Körperschaftssteuerstatistik wies zuletzt (2003) für die Region Tiroler Unterland<sup>32</sup> 2.716 Unternehmen aus. Das waren 36% aller Tiroler Unternehmen. Diese vereinigten 35% aller Gewinne auf sich, aber auch 37% aller Verluste. 1.788 (knapp 65%) wiesen einen Gewinn von durchschnittlich mehr als 202.200 Euro aus, was etwa 6% unter dem Landesdurchschnitt (über 214.200 Euro) und noch deutlicher unter dem Bundesdurchschnitt (fast 300.00 Euro) lag. Für ihre Gewinne zahlten die Unternehmen im Raum Tiroler Unterland 64.262 Euro an Körperschaftssteuer, was weniger als der Landesschnitt (66.797 Euro) und der Bundesschnitt (87.252 Euro) war.

973 Unternehmen im Tiroler Unterland waren sogenannte „Nullfälle“, die gegenüber dem Finanzamt keine Gewinne, sondern kleinere oder größere Verluste auswiesen und daher lediglich Mindestkörperschaftsteuer zahlten.

Nur 213 (8%) aller 2.761 Unternehmen im Tiroler Unterland machten in diesem Jahr einen Bildungsfreibetrag geltend, nur 13 (0,5%) einen Lehrlingsfreibetrag, nur 7 (0,3%) einen Forschungsbeitrag und kein einziges Unternehmen einen Investitionsfreibetrag, was auf eine nicht sehr ausgeprägte bis gar nicht vorhandene Investitions-, Forschungs-, Lehrausbildungs- und Mitarbeiterfortbildung der Unternehmen schließen lässt.<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.23

<sup>32</sup> Schwaz befindet sich in der Region Tiroler Unterland

<sup>33</sup> Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2003, S.106 f. und S.174 f.

## Unternehmen in Tirol: Gewinne und Verluste in den Jahren 2002 und 2003<sup>34</sup>

Region	Steuerfälle		Steuerpflichtiger Gewinn in Mio. €		Körperschaftsteuer in Mio. €		Nullfälle		Verluste in Mio. €	
	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003
Tiroler Unterland	1.683	1.788	361,71	361,67	114,45	114,90	1.018	973	-102,45	-117,06
TIROL	4.609	4.843	983,26	1.037,78	308,26	323,5	2.951	2.915	-403,8	-316,6

### **2.2.3 Entwicklungstendenzen**

Die Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse stiegen in Österreich insgesamt von 17,83 Mrd. Euro im Jahr 1976 auf 98,13 Mrd. Euro im Jahr 2005. Allein im Jahr 2005 betrug der Zuwachs (gegenüber 2004) rund 5 Mrd. Euro bzw. plus 5,4%.<sup>35</sup> Die Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse haben sich seit 1976 damit nominell mehr als verfünffacht, während sich die Arbeitnehmerentgelte im gleichen Zeitraum nominell nur vervierfacht haben. Der Anteil der Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse am Bruttonationaleinkommen ist im Gegensatz zu den ArbeitnehmerInnenentgelten kontinuierlich - mit nur geringen Unterbrechungen – gestiegen. Der Sozialbericht 2001/2002 rechnete damit, dass in den kommenden Jahren „*ein noch stärkerer Zuwachs als bei den Arbeitnehmer/innenentgelten zu erwarten*“ ist, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestätigt werden kann.

### **2.3 Vermögenseinkommen**

Die Entwicklung der Erwerbseinkommen wird allerdings in den Schatten gestellt durch jene der Vermögenseinkommen. Vermögenseinkommen ist nach der Definition der Statistik Austria „*das Einkommen, das [jemand] dafür erhält, dass er einer anderen institutionellen Einheit finanzielle Mittel oder nichtproduziertes Sachvermögen [i.w. Land] zur Verfügung stellt*“.<sup>36</sup> Im Einzelnen sind das Zinsen, Gewinnausschüttungen, Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen und reinvestierte Gewinne im Rahmen von Direktinvestitionen. Makroökonomisch gesehen werden auf den Vermögensmärkten keine Einkommen geschaffen, sondern lediglich umverteilt, wenn etwa aus bisherigen Arbeitnehmereinkommen durch „Personalabbau“ höhere Unternehmensgewinne und Dividenden für die Eigentümer werden. Denn jedes Einkommen auf den Finanzmärkten muss erst durch Arbeit und Kapitaleinsatz geschaffen werden. Die Vermögenseinkommen haben sich nach einer Studie des WIFO in Österreich von 1964 bis 1997 verdreißigfacht!<sup>37</sup>

<sup>34</sup> Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2002 und 2003

<sup>35</sup> Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1976-2005, S.41

<sup>36</sup> Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1976-2005, S.116

<sup>37</sup> Alois Guger, Markus Marterbauer: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 9/2005, S. 625

Das Vermögenseinkommen betrug in Österreich im Jahr 2004 auf 57,24 Mrd. Euro. Davon entfiel der Großteil - 22,9 Mrd. Euro – auf finanzielle Kapitalgesellschaften (also im Wesentlichen die Finanzwirtschaft), 9,4 Mrd. Euro auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (die Wirtschaft) und 21,8 Mrd. Euro auf die Privaten und Selbständigen. 17,2 Mrd. Euro Vermögenseinkommen flossen 2004 ans Ausland. Zinsen machten mit 29,2 Mrd. Euro in etwa die Hälfte der gesamten Vermögenseinkommen aus. Es folgten Gewinnausschüttungen und -entnahmen mit knapp 23,6 Mrd. Euro sowie Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen mit 2,9 Mrd. Euro.<sup>38</sup> Genauere regionale Daten für Tirol oder den Bezirk Schwaz sind nicht verfügbar.

### **2.3.1 Zinseinkünfte**

Zieht man die Einkommensteuerstatistik heran, so weist diese für den Bezirk Schwaz zuletzt (2004) 614.000 Euro an Kapitaleinkommen aus.<sup>39</sup> Das sind Kapitaleinkommen, die nicht etwa auf Sparbüchern durch die Kapitalertragsteuer endbesteuert wurden. Die Körperschaftssteuerstatistik wies zuletzt (2003) außerdem eine Eigenkapitalzuwachsverzinsung der Unternehmen in der Region Tiroler Unterland von 4,2 Mio. Euro aus.<sup>40</sup>

### **2.3.2 Vermietung und Verpachtung**

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die durch Sachvermögen in Form von Grund und Boden, Wohnungen, Büros und Geschäftsflächen sowie deren Vermietung und Verpachtung entstehen, sind sowohl Vermögenseinkommen wie auch Erwerbseinkommen.

In Tirol gab es laut Gebäude- und Wohnungszählung 2001 81.329 Mietwohnungen<sup>41</sup> mit einem - laut Mikrozensus 2006 - durchschnittlichen monatlichen Wohnungsaufwand von 437 Euro<sup>42</sup>. Davon waren 28.882 im Besitz von Bund, Land, Gemeinden oder gemeinnützigen Bauvereinigungen.<sup>43</sup> Daraus ergab sich aus den etwa 52.447 Miet- und Untermietwohnungen anderer Eigentümer für diese ein reiner Mietertrag von etwa 137,5 Mio. Euro jährlich.

Geht man davon aus, dass im Bezirk Schwaz etwa 1.300 vermietete Eigentumswohnungen<sup>44</sup> sowie weitere rund 10.000 Mietwohnungen privater Eigentümer<sup>45</sup> bestehen, so kann für den Bezirk Schwaz ein jährlicher reiner Mietertrag von knapp 30 Mio. Euro angenommen werden.

---

<sup>38</sup> Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1976-2005, S.123

<sup>39</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2004, S.165

<sup>40</sup> Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2003, S.107

<sup>41</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Tirol, S.17

<sup>42</sup> Statistik Austria: Wohnen 2006, Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus Jahresdurchschnitt 2006, S.155

<sup>43</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Tirol, S.17

<sup>44</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Tirol, S. 111

<sup>45</sup> Schätzung aufgrund Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Tirol (30 % der Hauptwohnsitzungen in Tirol sind Mietwohnungen)

In Tirol gab es 2001 außerdem 28.009 Nichtwohngebäude (Hotels, Bürogebäude, Werkstätten-, Industrie-, Lager- und Handelsgebäude, öffentliche und sonstige Gebäude). Einem gewerblichen Zweck dienten 69,5% (oder knapp 19.500 der Gebäude).<sup>46</sup> Unter Heranziehung der Bewertungskriterien aus unserem „*Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich*“<sup>47</sup> ergibt sich für die 3.697 Nichtwohngebäude im Bezirk Schwaz<sup>48</sup> ein reiner Mietertrag von zumindest 33 Mio. Euro jährlich.

**Die Vermietung und Verpachtung von Wohnungen und Geschäftsflächen erbringt im Bezirk Schwaz also zumindest 63 Mio. Euro reinen Mietertrag pro Jahr.**

Tatsächlich wies die Einkommensteuerstatistik zuletzt (2004) im Bezirk Schwaz allein von 2.528 Einzelpersonen – also vermietende Körperschaften nicht eingerechnet - Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 15 Mio. Euro aus.<sup>49</sup>

## **2.4 Einkünfte aus umverteiltem Einkommen**

Die letzte wichtige Einkommenskategorie, die hier dargestellt wird, sind die „Einkünfte aus umverteiltem Einkommen“. Ihre Grundlage sind Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, die in Sozial- und Sozialversicherungsleistungen umgewandelt werden. Diese Leistungen reichen von Pensionen, Unfallrenten, Pflegegeld, Familienleistungen, Arbeitslosenunterstützungen bis hin zu den Wohnbeihilfen und Krankengeldern.

Der Großteil der Einkünfte aus umverteiltem Einkommen in Österreich sind Pensionen und Leistungen für Hinterbliebene, Leistungen bei Invalidität wie Invaliditäts- und vorzeitige Alterspensionen, Pflegegeld, Unfallversicherung und Sachleistungen der Gebietskörperschaften, weiters Familienleistungen wie Familienbeihilfe, steuerliche Absetzbeträge, Wochen- und Kinderbetreuungsgeld und öffentliche Ausgaben für die Kinderbetreuung und schließlich Leistungen wie Arbeitslosengeld und Notstandshilfe. Leistungen im Krankheitsfall machen ebenfalls einen hohen Anteil aus und bestehen vor allem aus dem Krankengeld. Auch private Versicherungsleistungen fallen unter die Kategorie umverteiltes Einkommen.

Im Jahr 2004 betragen sämtliche Sozial- und Sozialversicherungsleistungen in Österreich 68,7 Mrd. Euro oder 29,1% gemessen am BIP („Sozialquote“).<sup>50</sup> Die „Sozialquote“ ist in Österreich bis 1994 auf 28,9 % stark gestiegen und seither in etwa gleichgeblieben. Allerdings „*auf Grund von Änderungen bei der Berechnung der Sozialausgaben und des BIP*“ – wie es im Sozialbericht 2003/2004 heißt. Denn nach den bisherigen Berechnungsmethoden war ein deutlicher Rückgang seit 1999 zu verzeichnen. Der Anstieg auf über 29% im Jahr 2003 erklärt sich durch gestiegene

---

<sup>46</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Tirol, S.12

<sup>47</sup> ÖGPP: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien 2004, S.20

<sup>48</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Tirol, S.12

<sup>49</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2004

<sup>50</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 08, S. 213

Aufwendungen für die Arbeitslosen bei gleichzeitig schwachem Anstieg der Messgröße, des BIP. Dies wird auch im Sozialbericht bestätigt: „Seit 2000 gibt es aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit ein starkes Wachstum der Ausgaben für das Arbeitslosengeld.“<sup>51</sup> Bei den Sozialausgaben stiegen in Österreich in den Jahren 2000 bis 2004 die Aufwendungen für Invalidität um 6%, für die Gesundheit um 14%, für die Pensionen um 16%, für Familien um 14%, für die Arbeitslosigkeit aber um 40%.<sup>52</sup> Das Argument vom „überbordenden Sozialstaat“, bei dem gespart werden müsse, ist damit nicht sehr stichhaltig.

### **2.4.1 Armutsgefährdung und Armut**

Veränderte Darstellungen ändern zudem nichts an der Realität: Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen stieg in Österreich – wie aus den Sozialberichten hervorgeht - von 11% im Jahr 1999 auf 12% im Jahr 2001 und auf 13,2% im Jahr 2003. Im Jahr 2004 konnte mit 13,0% bzw. 1,030 Mio. Menschen „keine Veränderung gegenüber 2003 beobachtet werden“.<sup>53</sup> Für das Jahr 2005 wird eine Armutsgefährdungsquote von 12% ausgewiesen, jedoch „die Veränderung gegenüber 2004 liegt im Bereich der statistischen Zufallsschwankung“<sup>54</sup>.

Treffen Einkommensarmut und Nichtteilhabe an zentralen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, wird von Armut gesprochen. Von akuter Armut wird gesprochen, wenn auch keine angemessene Wohnung (etwa ohne Bad oder WC, schlechte Wohngegend) vorhanden ist, Einschränkungen bei Heizung, Kleidung und Nahrung notwendig sind oder Zahlungsrückstände bestehen. Bei 467.000 Menschen in Österreich zeigte sich laut Sozialbericht 2003/2004 eine „verfestigte Armuts-lage“, sprich dauerhafte Armut, aus der es kaum ein Herauskommen gibt.

Als armutsgefährdet galten zuletzt (2005) in Österreich Personen, die 60% des Medianeinkommens bzw. folgende Einkommen („Armutsgefährdungsschwellen“) nicht erreicht konnten:

#### Armutsgefährdungsschwellen nach Haushaltszusammensetzung im Jahr 2004 und 2005<sup>55</sup>

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro		Monatswert netto in Euro		Jahreswert durch 12
	2004	2005	2004	2005	
Einpersonenhaushalt	10.182	10.796	848	900	771
1 Erwachsener und 1 Kind	13.236	14.034	1.103	1.170	1.002
2 Erwachsene	15.273	16.193	1.273	1.349	1.157
2 Erwachsener und 1 Kind	18.327	19.432	1.527	1.619	1.388
2 Erwachsener und 2 Kinder	21.382	22.671	1.782	1.889	1.619
2 Erwachsener und 3 Kinder	24.436	25.909	2.036	2.159	1.851

<sup>51</sup> Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.191

<sup>52</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 08, S. 214

<sup>53</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Wien, S.13

<sup>54</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, Wien, S.15

<sup>55</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004 und 2005

Der Bericht „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005“ der Statistik Austria gibt bundesländerweise Armutsquoten an. Danach waren 2005 in Tirol 14% der Bevölkerung oder 95.000 Menschen armutsgefährdet, wobei ausdrücklich auf die hohe statistische Schwankungsbreite (zwischen 9,6 und 18,4%) hingewiesen wird.<sup>56</sup> Damit wäre die **Armutsgefährdung in Tirol die dritthöchste** (nach Kärnten und dem Burgenland) **aller Bundesländer**. Im Jahr 2004 hatte Tirol mit 11% noch die zweitniedrigste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer.<sup>57</sup> In den Städten mit mehr als 10.000 (aber weniger als 100.000) EinwohnerInnen ist sie von 14% auf 15% gestiegen. Geht man von einer durchschnittlichen Armutsgefährdung in Tirol auch für den Bezirk Schwaz aus, dann bedeutet das, **dass im Bezirk Schwaz im Jahr 2005 10.900 Menschen armutsgefährdet waren. Mehr als 5.000 davon lebten in verfestigter Armut.**<sup>58</sup>

Aus finanziellen Gründen<sup>59</sup> können sich beispielsweise über 7.700 Menschen im Bezirk Schwaz kein Internet leisten, 20.000 keinen Urlaub, 22.500 keine unerwarteten Ausgaben von mehr als 500 Euro, 6.000 keine neuen Kleider, 7.700 müssen sich beim Essen einschränken und etwa 3.100 haben aus finanziellen Gründen Probleme, die Wohnung warm zu halten.<sup>60</sup> Etwa 5.400 Menschen im Bezirk leben in überbelegten Wohnungen, weil sie sich keine größere leisten können.<sup>61</sup> Für nicht weniger als 13.100 stellen die Wohnkosten eine „starke Belastung“ dar.<sup>62</sup>

Durchschnittlich 36% des Einkommens eines österreichischen Privathaushaltes stammen aus sozialen Direktleistungen der öffentlichen Hand.<sup>63</sup> Bei Haushalten mit sehr niedrigem Lebensstandard (ohne Pensionistenhaushalte) machen Sozialleistungen – je nach Zahl der Kinder – zwischen 31 und 57% des Haushaltseinkommens aus. *„In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand 60 % des Gesamteinkommens aus.“*<sup>64</sup> Etwa 700.000 Haushalte bzw. 1 Mio. Menschen in Österreich sind ausschließlich auf Pensionen und Sozialleistungen als Einkommen angewiesen. *„Ohne Sozialtransfers und Pensionen wären statt 13% der Bevölkerung 42% armutsgefährdet“*, stellte der Sozialbericht 2003/2004 unmissverständlich klar.<sup>65</sup> Der Bericht „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005“ der Statistik Austria weist für das Jahr 2005 für Österreich Werte von 12 bzw. 43% aus. Für Städte von mehr als 10.000 EinwohnerInnen gilt, dass ohne Pensionen und Sozialleistungen 44% armutsgefährdet wären, mit sind es jedoch „nur“ 15%. **Ohne Sozialleistungen** läge die Armutsgefährdungsquote bei 26%, das heißt es wären **mehr als**

---

<sup>56</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.32

<sup>57</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, S.29

<sup>58</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.131 und S.135

<sup>59</sup> geht man von den Quoten für Städte zwischen 10.000 und 100.000 EinwohnerInnen aus

<sup>60</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.114 und S.116

<sup>61</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.120

<sup>62</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.123

<sup>63</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

<sup>64</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

<sup>65</sup> Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.224

**20.000 Menschen im Bezirk Schwaz armutsgefährdet.** Aufgrund der Sozialleistungen sind es „nur“ etwa 10.900 Personen.<sup>66</sup>

Unter dem Motto „Lohnnebenkostensenkung“, „Entlastung der Wirtschaft“, „Steuersenkung“, „Krankenkassenreform“ und „Pensionsreform“ wurden in Österreich in den vergangenen Jahren Maßnahmen gesetzt, die auf eine Senkung der Steuern und Abgaben und somit auch auf eine daraus folgende Senkung der Einkünfte aus umverteiltem Einkommen hinauslaufen. Für Menschen, die auf solche Einkommen angewiesen sind, hat das das Risiko der Armutsgefährdung erhöht.

Selbst ein mittlerer Lebensstandard ist heute in der Regel nur mehr mit zwei Einkommen erreichbar. Chancen auf solche Einkommen bieten allerdings nur rund 20% aller Arbeitsplätze.<sup>67</sup> Die hohe und steigende Arbeitslosigkeit wirkt dem entgegen. Die bereits angesprochene Zunahme von Erwerbsverhältnissen mit geringeren Einkommen führt immer häufiger dazu, dass trotz Erwerbstätigkeit und trotz Mehrfachverdienst Haushalte in Österreich nur einen niedrigen oder sehr niedrigen Lebensstandard haben und ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze haben (= „working poor“).<sup>68</sup> Aktuell fallen 251.000 Menschen in Österreich in diese Gruppe der „working poor“. Das sind 7% der Erwerbstätigen im Erwerbsalter.<sup>69</sup> Das wären im Bezirk Schwaz etwa 2.800 Menschen.

Auch bei den Einkünften aus umverteiltem Einkommen bekommen Frauen weniger als Männer. Die niedrigeren Erwerbseinkommen der Frauen finden ihre Fortsetzung in niedrigeren Pensionen, Arbeitslosenunterstützungen und Sozialleistungen. Die mittleren Arbeitslosen- und Notstandshilfebezüge liegen in Österreich bei den Frauen um ein Viertel unter denen der Männer.<sup>70</sup> Frauen sind daher von Armut und Armutsgefährdung auch stärker betroffen als Männer: Insgesamt waren in Österreich im Jahr 2005 11% der Männer und sogar 13% der Frauen armutsgefährdet oder arm.<sup>71</sup>

## **2.4.2 Pensionen**

2005 wurden in Tirol 136.811 Pensionen ausbezahlt. Die durchschnittliche Jahrespension eines Tiroler Pensionisten betrug 2005 jährlich netto 14.246 Euro. Das waren um 355 Euro oder 2,5% weniger als der Österreich-Durchschnitt. Innerhalb des Landes Tirol werden im Bezirk Schwaz, nach Innsbruck Stadt und Land, durchschnittlich die dritthöchsten Pensionen bezahlt.<sup>72</sup>

---

<sup>66</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.131

<sup>67</sup> Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.38 und 40

<sup>68</sup> Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.28 f.

<sup>69</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.35

<sup>70</sup> AMS, Arbeitsmarktdaten

<sup>71</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.106

<sup>72</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.282

### Nettopensionen in Tirol jährlich nach Geschlecht und Bezirken 2005<sup>73</sup>

	Pensionisten insgesamt	durchschnittlich jährliche Pension in Euro	durchschnittlich jährliche Pension der Männer in Euro	durchschnittlich jährliche Pension der Frauen in Euro	Differenz Männer/Frauen in %
Schwaz	14.135	13.716	16.836	10.795	56,0
TIROL	136.811	14.246	17.452	11.269	54,9

Die Einkommensunterschiede aus dem Erwerbsleben zwischen Männern und Frauen setzen sich in der Pension fort. Ein Pensionist im Bezirk Schwaz hatte im Jahr 2005 im Durchschnitt eine um 56% (oder monatlich 432 Euro) höhere Nettopension als eine Pensionistin.

Tirol verzeichnete im Dezember 2006 20.363 AusgleichszulagenbezieherInnen, also Menschen, deren Eigenpension so gering war, dass sie eine Ausgleichszulage in einer durchschnittlichen Höhe von 276 Euro<sup>74</sup> pro Monat bekamen. In keinem anderen Bundesland war die Ausgleichszulage so hoch wie in Tirol. Zwar wird der Ausgleichszulagenrichtsatz jährlich angehoben (für 2008 beträgt er für Einzelpersonen 748 Euro), was allerdings unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2005 mit 771 Euro liegt. Somit lebten 2006 die 20.363 Tiroler AusgleichsrentnerInnen allesamt unter der Armutsgefährdungsgrenze. Mit 15,6% gemessen an der Zahl der Pensionen war die Zahl der AusgleichszulagenbezieherInnen in Tirol die dritthöchste aller Bundesländer nach Kärnten und der Steiermark.<sup>75</sup> Es kann angenommen werden, dass **im Bezirk Schwaz etwa 2.200 AusgleichszulagenbezieherInnen** lebten. Und sie alle lebten und leben unter der Armutsgefährdungsgrenze.

#### **2.4.3 Pflegegeld**

Menschen, die aufgrund des Alters, einer Krankheit oder Behinderung dauernden Pflegebedarf haben, werden in Österreich durch ein sehr differenziertes, abgestuftes Netz an Pflegedienstleistungen und Pflegeeinrichtungen betreut.

Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, z.T. Senioren- und vor allem Pflegeheime) werden durch die Bundesländer organisiert. Diese haben im Jahr 2004 zusammen 1,1 Mrd. Euro für Alten- und Pflegeheime aufgewendet und über 282 Mio. Euro für Soziale Dienste.<sup>76</sup> Darüber hinaus gaben die Länder 2005 noch 294 Mio. Euro

<sup>73</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.278 f.

<sup>74</sup> der Durchschnitt in Österreich liegt bei 250 Euro pro Monat

<sup>75</sup> www.sozialversicherung.at, Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen (18.Ausgabe: März 2007)

<sup>76</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 08, S.225

an Landespflegegeldern aus für jene Personen, die keinen Pensionsanspruch haben. Dadurch sollen sich die beiden Systeme ergänzen.<sup>77</sup>

Die wichtigste finanzielle Direktleistung an Pflegebedürftige in Österreich wurde 1993 mit dem Pflegegeld des Bundes geschaffen, das den „Zukauf“ von Pflegedienstleistungen ermöglichen soll. Abhängig vom Pflegebedarf wird es in verschiedenen Höhen gewährt. Das Bundespflegegeld steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben. In Tirol erhielten im Jahr 2006 21.500 Menschen das Pflegegeld des Bundes.<sup>78</sup> Damit nahmen 3,1% der Tiroler Bevölkerung diese Leistung in Anspruch, Tirol lag damit unter dem Bundesschnitt (3,7%). Mehr als die Hälfte von ihnen (53,5%) war in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2. Die andere Hälfte fiel in eine höhere Pflegestufe 3 bis 7. Tirol wies einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Menschen mit höherem Pflegebedarf auf. Für diese wurden in Tirol im Jahr 2005 etwa 17 Mio. Euro (77%) der Pflegegelder aufgewendet.<sup>79</sup>

Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Tirol im Jahr 2005 4.024 Menschen Landespflegegeld (es steht Personen zu, die keinen Pensionsanspruch haben). Dafür wurde ein Betrag von 22 Mio. Euro aufgewendet. Mit 6 von 1.000 EinwohnerInnen lag der Anteil der Bevölkerung, der Landespflegegeld bezog, ebenfalls unter dem österreichischen Durchschnitt (von 7 pro 1.000). 1.863 Personen (46,4%) befanden sich im Jahr 2005 in Tirol in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2, 2.159 Personen (53,6%) in den höheren Pflegestufen 3 bis 7. 1,700 Mio. 22,6% der 22 Mio. Euro Landespflegegeld wurden im Jahr 2005 für die beiden niedrigsten Pflegestufen (1 und 2) aufgewendet, 77,4% der Landesmittel für die höheren Pflegestufen.<sup>80</sup>

Es kann angenommen werden, dass **im Bezirk Schwaz etwa 2.800 Menschen Pflegegeld** beziehen. Etwa die Hälfte von ihnen ist in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2. Zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung 2001 lebten im Bezirk Schwaz knapp 2.000 Menschen, die 80 und mehr Jahre alt waren und somit in einem Alter, in dem in der Regel höherer Pflegebedarf entsteht.<sup>81</sup>

#### **2.4.4 Arbeitslosengeld und Notstandshilfe**

Im Jahr 2006 waren in Tirol 16.701 Menschen arbeitslos, davon lebten 10,3% (1.719 Personen) in Schwaz.<sup>82</sup> Tatsächlich war aber eine viele höhere Zahl zeitweise von Arbeitslosigkeit betroffen: 2006 gab es in Schwaz 9.949 (in Tirol 89.562) „Zugänge“ arbeitsloser Personen, aber auch wieder 10.498 (in Tirol 95.077) „Abgänge“.<sup>83</sup>

---

<sup>77</sup> Statistik Austria, Landespflegegeld

<sup>78</sup> Anfrage an Statistik Austria

<sup>79</sup> Statistik Austria, Landespflegegeld

<sup>80</sup> Statistik Austria: [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

<sup>81</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.58

<sup>82</sup> AMS Arbeitsmarktdaten, [www.ams.at](http://www.ams.at)

<sup>83</sup> AMS Arbeitsmarktdaten, [www.ams.at](http://www.ams.at)

2006 bezogen im Bereich der Regionalgeschäftsstelle Schwaz 1.320 Menschen Arbeitslosengeld (minus 96 ggü. 2005) und 242 Menschen Notstandshilfe (minus 19 ggü. 2005).<sup>84</sup>

Die durchschnittliche Leistungshöhe (Tagsatz) beim Arbeitslosengeld betrug im Jahr 2006 in Schwaz 24,80 Euro täglich, wobei Männer durchschnittlich 27,30 Euro und Frauen 22,10 Euro täglich bekamen. Damit lag das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld bei Männern um bis zu 81 Euro und bei arbeitslosen Frauen um bis zu 237 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2005 und damit im Bereich „erhöhter Armutsgefährdung“. Das heißt: **Wer im Bezirk Schwaz arbeitslos wird, hat ein hohes Risiko armutsgefährdet zu sein**. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen liegt das Arbeitslosengeld über dem Landes- und auch über dem Bundesdurchschnitt.

Durchschnittliches Arbeitslosengeld 2006<sup>85</sup>

	Frauen		Männer		insgesamt	
	täglich	= monatlich	täglich	= monatlich	täglich	= monatlich
Schwaz	22,10	663,00 - 685,10	27,30	819,00 - 846,30	24,80	744,00 - 768,80
Tirol	21,70	651,00 - 672,70	27,20	816,00 - 843,20	24,70	741,00 - 765,70
Österreich	21,50	645,00 - 666,50	26,70	801,00 - 827,70	24,60	738,00 - 762,60

Noch wesentlich geringer ist die durchschnittliche Leistungshöhe (Tagsatz) bei der Notstandshilfe. Sie betrug im Bezirk Schwaz 2006 18,50 Euro (20,19 Euro bei Männern und 16,22 Euro bei Frauen). Die Notstandshilfe lag sowohl bei Männern als auch bei Frauen (um etwa 255 bei Männern und rund 423 Euro bei Frauen), deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle. Das heißt, **NotstandshilfebezieherInnen sind in hohem Maß armutsgefährdet**. Bei der Notstandshilfe liegt der durchschnittliche Bezug bei Frauen sowohl unter dem Landes- als auch unter dem Bundesdurchschnitt, wohingegen der Bezug der Männer über dem Landes- und Bundesdurchschnitt liegt.

Durchschnittliche Notstandshilfe 2006<sup>86</sup>

	Frauen		Männer		insgesamt	
	täglich	= monatlich	täglich	= monatlich	täglich	= monatlich
Schwaz	15,90	477,00 - 492,90	21,50	645,00 - 666,50	18,50	555,00 - 573,50
Tirol	16,20	486,00 - 502,20	21,10	624,00 - 644,80	18,80	564,00 - 582,80
Österreich	16,40	492,00 - 508,40	20,70	621,00 - 641,70	19,00	570,00 - 589,00

## 2.4.5 Krankengeld

Das Krankengeld zählt zu den wichtigsten Einkünften aus umverteiltem Einkommen. Ab dem 4.Tag einer Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit erhalten sozialversicherte ArbeitnehmerInnen von

<sup>84</sup> AMS Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

<sup>85</sup> AMS Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

<sup>86</sup> AMS Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

ihrer Krankenkasse das Krankengeld, sofern kein gesetzlicher Anspruch auf Lohnfortzahlung besteht.<sup>87</sup> Tiroler Arbeiter und Angestellte (ohne öffentlichen Dienst) waren 2006 etwa 2,6 Millionen Tage im Krankenstand. Laut Tiroler Gebietskrankenkasse waren die Beschäftigten damit im Schnitt nur 11,5 Tage krankgemeldet.<sup>88</sup> Eine Hochrechnung für das Jahr 2007 ergibt einen Anstieg auf 12 Tage pro Person.<sup>89</sup>

#### **2.4.6 Familienleistungen**

Einkünfte aus umverteiltem Einkommen sind auch die Familienleistungen. Sie kommen zum überwiegenden Teil aus dem Familienlastenausgleichsfonds oder in Form von steuerlichen Nachlässen, nur zu einem geringen Teil von den Ländern oder Gemeinden. Nachfolgende Leistungen gelten bundesweit in gleicher Weise und daher auch für Familien im Bezirk Schwaz:

Das Wochengeld ersetzt das Einkommen von unselbständig erwerbstätigen Frauen während der gesetzlichen Schutzfrist vor und nach der Geburt des Kindes. Im Normalfall sind dies acht Wochen vor und nach der Geburt. Die Höhe des Wochengeldes ergibt sich aus dem durchschnittlichen Nettoverdienst der letzten drei Kalendermonate zuzüglich eines Zuschlages für Sonderzahlungen. Selbstversicherte geringfügig Beschäftigte und freie Dienstnehmer erhalten einen Fixbetrag in der Höhe von 7,30 Euro pro Tag<sup>90,91</sup> werdende Mütter, die in der Land- und Forstwirtschaft oder gewerblichen Wirtschaft selbständig tätig sind, haben Anspruch auf eine Betriebshilfe, zur Aufrechterhaltung des Betriebes. Kann eine Betriebshilfe nicht zur Verfügung gestellt werden, haben auch diese Frauen Anspruch auf Wochengeld, wenn eine Hilfskraft beschäftigt wird, in der Höhe von 24,37 Euro pro Tag.<sup>92</sup>

Unabhängig von Beschäftigung oder Einkommen haben Eltern, die einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, Anspruch auf Familienbeihilfe für bei ihnen haushaltszugehörige Kinder bzw. für Kinder, denen sie überwiegend Unterhalt leisten. Die Familienbeihilfe wird aus dem Familienlastenausgleichsfonds finanziert. Vorrangig anspruchsberechtigt ist dabei die Mutter. Die Familienbeihilfebeträge sind seit 1.1.2003 105,40 Euro ab der Geburt des Kindes, 112,70 Euro ab einem Alter von 3 Jahren, 130,90 Euro ab 10 Jahren und 152,70 Euro ab einem Alter von 19 Jahren. Für ein erheblich behindertes Kind gibt es einen Zuschlag von 138,30 Euro. Wird für zwei Kinder die Familienbeihilfe bezogen, erhöht sich der Gesamtbetrag um monatlich 12,80 Euro, ab dem dritten Kind um monatlich 25,50 Euro. Die Familienbeihilfe ist beim Finanzamt zu beantragen. Ebenso der Mehrkindzuschlag: Unterschreitet das zu versteuernde Einkommen eine gewisse

---

<sup>87</sup> Tiroler Gebietskrankenkasse: [www.tgkk.at](http://www.tgkk.at)

<sup>88</sup> Tiroler Gebietskrankenkasse: Jahresbericht 2006, S.82 f.

<sup>89</sup> Kurier, 24.1.2008

<sup>90</sup> Stand 2006

<sup>91</sup> AK: [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

<sup>92</sup> Österreichische Sozialversicherung: [www.sozialversicherung.at](http://www.sozialversicherung.at); Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft: [esv-sva.sozvers.at](http://esv-sva.sozvers.at)

Grenze, so kann für jedes dritte und weitere Kind ein Mehrkindzuschlag von 36,40 Euro monatlich beantragt werden.<sup>93</sup>

Anstelle des Karenzgeldes gibt es seit dem Jahr 2002 das Kinderbetreuungsgeld, das aus dem Familienlastenausgleichsfonds bezahlt wird. Es wird bis zum 30. oder 36. Lebensmonat des Kindes ausbezahlt und beträgt 14,53 Euro pro Tag, also durchschnittlich 436 Euro monatlich. Bezieht es nur ein Elternteil, gebührt es 30 Monate. Bezieht es dann auch der zweite Elternteil, gebührt es weitere 6 Monate. Neben dem Kinderbetreuungsgeld ist ein Zuverdienst von 14.600 Euro brutto pro Jahr erlaubt. Einen Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld in der Höhe von 6,06 Euro täglich erhalten Paare mit einem geringen Einkommen.<sup>94</sup> In Tirol gab es im Jahr 2005 8.990 BezieherInnen von Kinderbetreuungsgeld.<sup>95</sup> Kinderbetreuung ist in Österreich und auch in Tirol nach wie vor überwiegend Frauensache: derzeit sind 97% der BezieherInnen von Kinderbetreuungsgeld in Österreich Frauen und nur 3% Männer.<sup>96</sup> Man kann davon ausgehen, dass sich die Ergebnisse in Tirol nicht wesentlich von den Bundesergebnissen unterscheiden.

Aus dem Familienlastenausgleichsfonds werden auch SchülerInnen-Beihilfen bezahlt: Anspruch auf Schulbeihilfe haben SchülerInnen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die eine mittlere oder höhere Schule ab der 10. Schulstufe besuchen. Bei der Heim- und Fahrtkostenbeihilfe besteht schon ab der 9.Schulstufe Anspruch. Voraussetzungen sind soziale Bedürftigkeit, guter Schulerfolg, für die Heimbeihilfe auch ein Schulbesuch weit außerhalb des Wohnortes. Die Schulbeihilfe beträgt jährlich 1.130 Euro, die Heimbeihilfe 1.380 Euro, die Fahrtkostenbeihilfe 105 Euro.<sup>97</sup> Auch das verbilligte Schulbuch ist eine für Familien wichtige Entlastung. Einmalige Zuwendungen gibt es aus dem Familienhärteausgleich beim Sozialministerium. Deren Höhe ist von Fall zu Fall unterschiedlich und es besteht kein Rechtsanspruch.<sup>98</sup>

Für Studierende gibt es Stipendien (unter bestimmten Einkommensgrenzen bzw. bei vorhandenem Studienerfolg) aus der allgemeinen Studienförderung des Bundes in Höhe von maximal 5.088 Euro, wenn das Studium am Wohnort bestritten wird oder maximal 7.272 Euro für Vollwaisen, SelbsterhalterInnen, verheiratete Studierende, Studierende mit Kindern oder für Studenten, die nicht am Wohnort studieren.<sup>99</sup>

An steuerlichen Unterstützungen gibt es für Familien den Kinderabsetzbetrag. Er steht jedem Steuerpflichtigen zu, dem Familienbeihilfe gewährt wird. Er beträgt 50,90 Euro monatlich. Er wird auch im Fall geringer oder keiner Steuerleistung ausbezahlt.<sup>100</sup> Wichtig sind außerdem der Alleinerzieherabsetzbetrag sowie der Alleinerhalterabsetzbetrag. Der Alleinerzieherabsetzbetrag in Hö-

---

<sup>93</sup> AK: [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

<sup>94</sup> Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend: [www.bmgfj.gv.at](http://www.bmgfj.gv.at)

<sup>95</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S.224

<sup>96</sup> Statistik Austria: [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

<sup>97</sup> Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur: [www.bmukk.gv.at](http://www.bmukk.gv.at)

<sup>98</sup> AK: [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

<sup>99</sup> [www.oeh.at](http://www.oeh.at)

<sup>100</sup> Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend: [www.bmgfj.gv.at](http://www.bmgfj.gv.at)

he von 364 Euro pro Jahr steht Steuerpflichtigen zu, die mehr als 6 Monate im Jahr nicht in einer Ehe- oder Lebensgemeinschaft leben und denen während dieses Zeitraumes ein Kinderabsetzbetrag zusteht. Dazu gibt es noch einen gestaffelten Kinderzuschlag von 130 Euro für das erste Kind, 175 Euro für das zweite und 220 Euro für jedes weitere Kind pro Jahr. Ist das zu versteuernde Einkommen so niedrig, dass sich der Absetzbetrag nicht auswirkt, kommt es zu einer Gutschrift in Höhe des Absetzbetrages und Kinderzuschlages („Negativsteuer“).<sup>101</sup> Der Alleinverdienerabsetzbetrag beträgt ebenfalls 364 Euro jährlich und steht einem Steuerpflichtigen zu, der mehr als 6 Monate verheiratet und nicht dauernd getrennt ist oder mindestens ein Kind hat, für das Familienbeihilfe bezogen wird. Die Einkünfte des (Ehe)Partners dürfen, wenn ein Kind vorhanden ist, nicht mehr als 6.000 Euro jährlich betragen und ohne Kind 2.200 Euro nicht übersteigen. Auch zum Alleinverdienerabsetzbetrag gibt es den Kinderzuschlag. Wer für ein nicht haushaltszugehöriges Kind nachweislich gesetzlichen Unterhalt zahlt, hat Anspruch auf den Unterhaltsabsetzbetrag von 25,50 Euro für das erste Kind, 38,30 Euro für das zweite und 50,90 Euro für das dritte und jedes weitere Kind. Im Rahmen der Sonderausgaben verdoppelt sich der jährliche Betrag, den Alleinverdienern und Alleinerziehern geltend machen können (um 2.920 Euro auf 5.840 Euro), und bei mindestens drei Kindern noch einmal um 1.460 Euro.<sup>102</sup> Schließlich können auch außergewöhnliche Belastungen steuermindernd wirken, etwa Krankheitskosten, Pflegeheimkosten, Unterhaltsleistungen, sowie Begräbnis- und Grabsteinkosten jeweils unter Berücksichtigung eines Selbstbehaltes. Ohne Selbstbehalt können Aufwendungen für Behinderungen von Kindern, eine auswärtige Berufsausbildung eines Kindes (Pauschalbetrag von 110 Euro pro Monat) oder auch Behandlungskosten steuermindernd geltend gemacht werden.<sup>103</sup>

Im Jahr 2005 wurden in Österreich über 7,3 Mrd. Euro für Familienleistungen aufgewendet, davon 3,21 Mrd. Euro für Familienbeihilfe, 1,16 Mrd. Euro für den Kinderabsetzbetrag, 985 Mio. Euro für Kinderbetreuungsgeld, über 874 Mio. Euro für Kindergärten, knapp 346 Mio. Euro für das Wochengeld und über 740 Mio. Euro für sonstige Geld- und Sachleistungen.<sup>104</sup>

Auch die Länder gewähren Familienleistungen. In Form von Geldleistungen (Familienzuschüsse, Unterstützungen von AlleinerzieherInnen usw.) und Sachleistungen (Kinderbetreuung, Unterbringung in Heimen und Pflegefamilien, Familienhilfe usw.).

Das Land Tirol gewährt einen Erziehungszuschuss für sozial schwache Familien, Mehrkindfamilien und AlleinerzieherInnen, die unverschuldet einer Ausnahmesituation gegenüber stehen. Er beträgt zwischen 123,50 und 196,20 Euro monatlich. Auch in Tirol gibt es den Familienpass, der Ermäßigungen bei verschiedensten Betrieben und eine Haushaltsunfallversicherung beinhaltet.<sup>105</sup> Für Familien mit geringem Einkommen gibt es eine Schulstarthilfe in Höhe von 145,35 Euro pro Kind

---

<sup>101</sup> AK: [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

<sup>102</sup> AK: [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

<sup>103</sup> AK: [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

<sup>104</sup> Statistik Austria

<sup>105</sup> [www.familienpass-tirol.at/](http://www.familienpass-tirol.at/)

zu Schulbeginn.<sup>106</sup> Für SchülerInnen gibt es Stipendien aus Mitteln des Landes und der Landesgedächtnisstiftung sowie Förderungen zur Teilnahme an Schulveranstaltungen (für Kinder, die eine Pflichtschule (außer AHS) besuchen)<sup>107</sup>. Insgesamt hat Tirol für Schülerbetreuung im Jahr 2007 Ausgaben in einer Höhe von 1,172 Mio. Euro veranschlagt.<sup>108</sup> Für Lehrlinge gibt es den Lehrlingsförderungszuschuss, der monatlich je nach Familieneinkommen 40 oder 75 Euro beträgt.<sup>109</sup> Außerdem gibt es einen Wohnkostenzuschuss für Lehrlinge in Höhe von 40 bis 60% der Unterkunftskosten und eine Begabtenförderung für Lehrlinge.

#### **2.4.7 Sozialhilfe**

2005 bezogen in Österreich fast 182.455 Personen Sozialhilfe, davon 56.785, die in Alten- und Pflegeheimen wohnten. Die Ausgaben für die Allgemeine Sozialhilfe beliefen sich auf 484 Mio. Euro.<sup>110</sup>

Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Tirol im Jahr 2005 9.808 Menschen Sozialhilfe. 4.008 der Bezieher bezogen im Jahr 2005 Sozialhilfe in Alten- und Pflegeheimen.<sup>111</sup> Mit 14 von 1.000 EinwohnerInnen lag die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen in Tirol etwa im österreichischen Durchschnitt (15 von 1.000).

Am 1.März 2006 wurde in Tirol die Sozialhilfe durch die Grundsicherung ersetzt. Die Höhe der Grundsicherung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem festgestellten bzw. festgesetzten Bedarf (dazu zählen Miete, Betriebs- und Heizkosten, regelmäßige Ausgaben aufgrund einer Krankheit, Schuldentrückzahlungen für Miete und Wohnungsausstattung, sowie Unterhaltszahlungen, die exekutiert werden können) und den eigenen Mitteln (allfälliges Vermögen und Einkommen) bzw. anzurechnender Leistungen Dritter. Der Grundsicherungsrichtsatz in Tirol beträgt 2008 444,10 Euro für Alleinstehende und 380 Euro für Hauptunterstützte. Allein aus der Höhe der Richtsätze kann aber nicht auf das sozialpolitische Niveau der Leistungen geschlossen werden. In der Praxis gibt es keine formale Obergrenze für die Grundsicherung in Tirol. Neben der richtsatzgemäßen Leistung wird der zusätzliche Bedarf in tatsächlicher, aber noch vertretbarer Höhe abgedeckt. Der Sozialhilfeträger hat Anspruch auf Ersatz für seine Aufwendungen zur Sicherung des Lebensbedarfes.

Der Antrag auf Sozialhilfe musste in Tirol bis zum 1.März 2006 bei der Gemeinde eingebracht und muss vom Gemeindeamt überprüft und bestätigt werden. Seither kann der Antrag auf Grundsicherung direkt bei der Bezirkshauptmannschaft eingereicht werden. Anspruch auf Grundsicherung

---

<sup>106</sup> [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

<sup>107</sup> Tiroler Familienratgeber, S.118

<sup>108</sup> Landesbudget 2007

<sup>109</sup> [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

<sup>110</sup> Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2005

<sup>111</sup> Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2005

haben Personen, die sich in einer Notlage befinden bzw. denen eine droht. Darunter fällt man, wenn der Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln nicht bestritten werden kann, wenn kein ausreichendes Einkommen vorhanden ist, wenn das Einkommen unter dem Grundsicherungsrichtsatz liegt.<sup>112</sup>

#### Sozialhilfe-AntragstellerInnen in Tirol nach Bezirken 2004<sup>113</sup>

	Antragsteller	= von 1.000 EW	Männer	Frauen
Schwaz	359	5	182	177
TIROL	6.336	9	3.295	3.036

Die Offenlegung von Problemen oder Armut scheuen insbesondere Menschen in ländlichen Gegenden. Man spricht vom Phänomen der „**verschämten Armut**“. Daraus erklärten sich bereits in der Vergangenheit die enormen Unterschiede in der Beantragung der Sozialhilfe in Tirol, die im Bezirk Schwaz sogar deutlich unter dem Landesdurchschnitt lag.

#### **2.4.8 Weitere Sozial- und Transferleistungen des Landes Tirol**

Zu Einkünften aus umverteiltem Einkommen zählen auch jene Hilfen, die das Wohnen leistbar machen sollen. Im Rahmen der Wohnbauförderung unterstützt das Land Tirol den Neubau und die Sanierung von Wohnraum durch finanzielle Hilfen.

Diese Hilfen werden als Objektförderung (Förderungsdarlehen, Annuitätenzuschüsse, Zuschüsse) oder als Subjektförderung gewährt, welche als direkte Einkünfte wirksam werden wie die Wohnbeihilfen. Auch bei der Wohnbeihilfe zeigt sich eine nach Bezirken ausgesprochene unterschiedliche Inanspruchnahme. **Im Bezirk Schwaz lag die Zahl der Wohnbeihilfenbezieher mit 19 je 1.000 EW in etwa im Landesdurchschnitt.**

#### Wohnbeihilfe – Antragsteller 2007<sup>114,115</sup>

	Antragsteller	Von 1.000 Wohnungen mit Hauptwohnsitz
Schwaz	525	19
TIROL	5.105	20

<sup>112</sup> <http://www.sozialhilfetirol.at/index.html>

<sup>113</sup> Amt der Tiroler Landesregierung

<sup>114</sup> Auswertungszeitraum 1.1.2007 bis 1.10.2007

<sup>115</sup> Anfrage Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung für Wohnbauförderung

Das Land Tirol gewährt auch Mietzins- bzw. Annuitätenbeihilfen bei geringem Einkommen und hoher Miete in Wohnungen, die nicht mit Wohnbauförderung errichtet wurden. Die Mietzinsbeihilfe wird MieterInnen gewährt, eine Annuitätenbeihilfe WohnungseigentümerInnen. Die Kosten werden zu 70% vom Land und zu 30% von der jeweiligen Gemeinde getragen. **Nur 6% aller Mietzins- und Annuitätenbeihilfen Tirols wurden 2003 im Bezirk Schwaz ausbezahlt.** Auf die Wohnkosten im Bezirk wird im Abschnitt 3.2 näher eingegangen.

Die Zunahme der Beihilfen betrug in Tirol innerhalb von fünf Jahren 1.717 Fälle (oder 31%). Der Gesamtaufwand betrug im Jahr 2003 975.292 Euro. Das waren um 40% mehr als 1998.<sup>116</sup> 2.339 der Antragsteller waren PensionistInnen, 1.684 waren erwerbslos, 1.287 ArbeiterInnen, 1.010 Angestellte und 900 StudentInnen. Das durchschnittliche Familieneinkommen der Antragsteller lag bei 907 Euro, der durchschnittliche Wohnungsaufwand bei 261 Euro.<sup>117</sup>

Mietzins- und Annuitätenbeihilfe 2003<sup>118</sup>

	Zahl der Gemeinden	Gemeinden, in denen Beihilfen gewährt werden	Zahl der Beihilfen	durchschnittliche Höhe in €
Schwaz	39	22	461	120
TIROL	279	119	7.268	131

Die weiteren Sozialleistungen des Landes Tirol werden in der Regel in Form von Sachleistungen gewährt, sind somit nicht als Einkünfte aus umverteiltem Einkommen zu werten. Sie seien der Vollständigkeit halber aber erwähnt, auch weil sie die Einkommen der Betroffenen vor finanziellen Mehrbelastungen bewahren.

Für die Alten- und Pflegeheime wendete das Land Tirol im Jahr 2005 85,97 Mio. Euro auf. Es sind Aufwendungen für eigene Heime oder die Übernahme von Unterbringungskosten von Heimen anderer Rechtsträger, Zuwendungen an Sozialsprengel und extramurale Einrichtungen sowie die Förderung der ambulanten Pflege und von alternativen Pflegemodellen.<sup>119</sup>

Für die Behindertenhilfe wendete das Land Tirol im Jahr 2005 98,674 Mio. Euro auf.<sup>120</sup> Diese Förderungen werden vor allem für verschiedenste Beratungs- und Betreuungsdienstleistungen, Fahrdienste spezielle Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote, Arbeits- und Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen aufgewendet.

Für Flüchtlingshilfe wendete Tirol 2007 12,293 Mio. Euro auf.<sup>121</sup>

<sup>116</sup> Landesrechnungshof: Mietzins- und Annuitätenbeihilfen, 3.5.2004, S.5

<sup>117</sup> Landesrechnungshof: Mietzins- und Annuitätenbeihilfen, 3.5.2004, S.10

<sup>118</sup> Landesrechnungshof: Mietzins- und Annuitätenbeihilfen, 3.5.2004

<sup>119</sup> Landesbudget 2005 und Angaben Büro Landesrätin Christa Gangl

<sup>120</sup> Landesbudget 2007

<sup>121</sup> Landesbudget 2007

## **2.5 Zunehmend ungleiche Verteilung von Einkommen**

Eine Studie des WIFO vom Herbst 2005, bestätigte, dass die Einkommen in Österreich zunehmend ungleicher verteilt sind. Dies gilt sowohl für die Verteilung innerhalb der unselbständig Beschäftigten, als auch zwischen den Lohneinkommen einerseits und Einkommen aus Besitz und Unternehmung andererseits. Die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt verbunden mit der Zunahme von Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungen spielte für die Ausweitung der Einkommensunterschiede eine wesentliche Rolle, so die Studie. Und das Abgabensystem hat kaum umverteilende Wirkung, hingegen sind von den Ausgaben des Sozialstaates vor allem die unteren Einkommensschichten begünstigt, wird argumentiert.<sup>122</sup>

Die WIFO-Studie bestätigte, dass sich die Schere zwischen Lohneinkommen einerseits und Gewinn- und Besitzeinkommen andererseits weit öffnet. Dazu haben einerseits Lohnerhöhungen unter dem Produktivitätswachstum und der Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen, auf der anderen Seite eine Verdreißigfachung der Einkommen aus Finanzvermögen von 1964 bis 1997 und eine deutliche Erhöhung der Einkünfte der Freien Berufe.<sup>123</sup> Die ungleiche Verteilung wird noch dadurch verstärkt, dass die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen gestiegen ist.

Weil die Angehörigen der unteren Einkommensgruppen den Großteil des Einkommens für Konsum aufwenden (müssen), verwenden die oberen Einkommensgruppen zusätzliches Einkommen für Sparen, sprich Vermögensbildung. „Die Umverteilung von den unteren zu den oberen Einkommensschichten bewirkt deshalb einen Rückgang der Konsumnachfrage.“<sup>124</sup> Und weil Finanzanlagen attraktiver geworden sind als Sachanlagen, ist auch die Investitionsquote zurückgegangen, was sich wiederum negativ auf Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum auswirkte.

Die Autoren sind überzeugt: „Eine Zunahme der Ungleichheit in der Primärverteilung erhöht auch den Bedarf an Umverteilungsaktivitäten des Staates.“<sup>125</sup> Sie schlagen eine Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen und monetärer Transfers vor.

---

<sup>122</sup> Alois Guger, Markus Marterbauer: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 9/2005, S. 615-628

<sup>123</sup> Alois Guger, Markus Marterbauer: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, S.625

<sup>124</sup> Alois Guger, Markus Marterbauer: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, S.626

<sup>125</sup> Alois Guger, Markus Marterbauer: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, S.627

### **3. Ausgaben der privaten Haushalte**

Wie und wofür die Einkommen der Bevölkerung verwendet werden, darüber gibt das Einkommensverwendungskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Auskunft. Es zeigt vordergründig, dass in Österreich 91% des verfügbaren Einkommens für „Konsum“ aufwendet werden und etwa 9% für „Sparen“.<sup>126</sup>

Unter „Konsum“ versteht die Wirtschaftswissenschaft Ausgaben der Haushalte vom verfügbaren Einkommen für dauerhafte und (vor allem) für nicht dauerhafte Güter und Dienstleistungen.<sup>127</sup> In der Wirtschaft sind dies Investitionen und Betriebsausgaben. Bestimmt wird der Konsum bzw. die Konsumnachfrage durch Einkommen, Preise, Vermögen und Zinsniveau. Der Konsum eines Haushalts wird weiter bestimmt durch Haushaltsgröße und Alter der Haushaltsangehörigen. In Haushalten erhöht sich mit steigendem Einkommen die Konsumnachfrage, nicht jedoch die Konsumquote (= Anteil des Konsums am Einkommen), was dazu führt, dass Reiche einen höheren Betrag ihres Einkommens sparen als ärmere Personen.

Unter „Sparen“ wird entweder das (freiwillige) Sparen als Vermögensanlage oder das Zwecksparen (Ansparen) für dauerhafte Konsumgüter verstanden. Die Höhe des Sparens hängt vor allem vom Zins und wiederum vom Einkommen ab.

Zwischen der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Steuer- und Sozialpolitik, dem verfügbaren Einkommen, dem Konsum und dem Sparen besteht ein enger Zusammenhang.

#### **3.1 Verbrauchsausgaben (Übersicht)**

Für 2004 weist das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO Konsumausgaben von 123,11 Mrd. Euro für die „privaten Haushalte“ aus. Davon würden 14% (17 Mrd. Euro) für „dauerhafte Konsumgüter“, aber 86% (106 Mrd. Euro) für nicht dauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen aufgewendet werden.

Als wichtigste Konsumausgaben der privaten Haushalte weist die Statistik Austria die Ausgaben für Wohnen, Energie, Verkehr und Nahrungsmittel aus.<sup>128</sup> Diese Ausgaben machen zusammen mehr als die Hälfte der Konsumausgaben aus. Ein längerfristiger Vergleich (1996 bis 2005) zeigt, dass bei einem Anstieg des Verbraucherpreisindex von plus 16,4% in diesen Jahren vor allem der

---

<sup>126</sup> Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1976-2005, S.125

<sup>127</sup> vgl. dazu Gabler-Volkswirtschaftslexikon, Wiesbaden 1997

<sup>128</sup> Statistik Austria, Konsumerhebung 2004/05

Wohnungsaufwand, die Energie-, Betriebs- und Gesundheitskosten überdurchschnittlich (um 21 bis 30%) gestiegen sind.<sup>129</sup>

Die höchsten monatlichen Verbrauchsausgaben je Haushalt wies die Konsumerhebung 2004/05 in Oberösterreich (2.730 Euro) nach, gefolgt von Salzburg (2.720), Tirol (2.660) und Niederösterreich (2.630). Wien lag mit 2.330 Euro an letzter Stelle und deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 2.440 Euro. Bemerkenswert ist, dass Tirol bei der letzten Konsumerhebung 1999/2000 mit 2.161 Euro noch in die niedrigsten Verbrauchsausgaben aller Bundesländer hatte, nunmehr aber die dritthöchsten. Der durchschnittliche Anstieg der monatlichen Haushaltsausgaben in Tirol war in den letzten Jahren mit plus 499 Euro (oder plus 23,1%) der mit Abstand höchste aller Bundesländer! In drei Bundesländern (Wien, Vorarlberg und die Steiermark) sind die durchschnittlichen Haushaltsausgaben in diesem Zeitraum sogar zurückgegangen.<sup>130</sup> Lagen die Konsumausgaben in Tirol 1999/2000 noch mehr als 12% unter dem österreichischen Durchschnitt, so lagen sie 2004/05 um fast 5% über dem österreichischen Durchschnitt.

Monatliche Verbrauchsgaben je Haushalt in den Bundesländern in Euro und in %<sup>131</sup>

1999/2000			2004/05			Veränderung gegenüber 1999/2000	
	absolut	in %		absolut	in %	Anstieg absolut	Anstieg in %
Vorarlberg	2.618	107,4	Oberösterreich	2.730	107,5	188	7,4
Oberösterreich	2.542	104,3	Salzburg	2.720	107,1	210	8,4
Salzburg	2.510	103	<b>TIROL</b>	<b>2.660</b>	<b>104,7</b>	<b>499</b>	<b>23,1</b>
Steiermark	2.504	102,7	Niederösterreich	2.630	103,5	216	8,9
Wien	2.457	100,8	<b>Österreich</b>	<b>2.540</b>	<b>100</b>	<b>103</b>	<b>4,2</b>
<b>Österreich</b>	<b>2.437</b>	<b>100</b>	Vorarlberg	2.510	98,8	-108	-4,1
Niederösterreich	2.414	99,1	Burgenland	2.480	97,6	137	5,8
Burgenland	2.343	96,1	Steiermark	2.470	97,2	-34	-1,4
Kärnten	2.219	91,1	Kärnten	2.400	94,5	181	8,2
<b>TIROL</b>	<b>2.161</b>	<b>88,7</b>	Wien	2.330	91,7	-127	-5,2

Überdurchschnittlich ins Gewicht fallen in Tirol die Ausgaben für Wohnen und Energie (22,5% des Einkommens), die Bekleidung (6,2%) sowie Freizeit, Hobby und Sport (12,9%). Einen geringeren Anteil als im österreichischen Durchschnitt nehmen dagegen Ausgaben für Verkehr sowie für Besuche von Cafe, Restaurant und Hotel ein. Investitionen etwa zum Hauskauf, Geldtransfers oder Sparen sind nicht in diesen Gesamtverbrauchsausgaben erfasst.

Gegenüber der Konsumerhebung 1999/2000 auffallend zurückgegangen ist in Tirol der Anteil der Ausgaben für Wohnen, Wasser und Energie (von 26,0 auf 22,5%), was angesichts der insgesamt gestiegenen Haushaltsausgaben dennoch eine Zunahme in absoluten Zahlen von etwa 35 Euro monatlich bedeutete. Der Aufwand für Lebensmittel ist zwar prozentuell (von 14,4 auf 12,9%) e-

<sup>129</sup> vgl. dazu WIFO-Wirtschaftsdatenbank

<sup>130</sup> Statistik Austria, Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05

<sup>131</sup> Statistik Austria, Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05

benfalls gesunken, in absoluten Zahlen aber um 35 Euro monatlich gestiegen. Deutlich gestiegen ist auch der Aufwand für Wohnungsausstattung (von 5,8 auf 6,6% oder 50 Euro im Monat) sowie für Gesundheit (von 2,1 auf 3,2% oder 40 Euro monatlich). Und die Tiroler Bevölkerung gibt im Monat auch um 30 Euro mehr für Alkohol und Tabakwaren aus. Die Verkehrsausgaben sind um durchschnittlich 66 Euro pro Monat gestiegen. Und sogar um 111 Euro monatlich mehr geben die Tiroler Haushalte für Erholung, Freizeit und Sport aus.

Monatliche Verbrauchsausgaben in Tirol<sup>132</sup>

	1999/2000		2004/2005	
	Euro	in %	Euro	in %
Lebensmittel, Alkoholfreie Getränke	312	14,4	342	12,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	59	2,7	86	3,2
Bekleidung, Schuhe	139	6,4	166	6,2
Wohnen, Beheizung, Beleuchtung	562	26,0	597	22,5
Wohnungsausstattung	125	5,8	176	6,6
Gesundheit	45	2,1	86	3,2
Verkehr	341	15,8	407	15,3
Kommunikation	60	2,8	66	2,5
Erholung, Freizeit, Sport, Hobbys	231	10,7	342	12,9
Bildung	(4)	(0,2)	14	0,5
Cafés, Restaurants	117	5,4	137	5,2
Sonstige Ausgaben	165	7,6	237	8,9

Ingesamt waren die Haushaltsausgaben 2004/05 in dicht besiedelten Gebieten (Großstädten) um etwa 3,5% geringer als der Durchschnitt, in mittel (+3,8%) und gering (+0,8%) besiedelten Gebieten dagegen überdurchschnittlich hoch.<sup>133</sup> Haushalte in geringer besiedelten Regionen geben einen höheren Anteil der Haushaltsausgaben für den Verkehr aus. Umgekehrt sind die Ausgaben für Freizeit, Sport und Hobby (in denen auch Urlaube enthalten sind) in dichtbesiedelten Gebieten höher.<sup>134</sup> Einen Zusammenhang gibt es auch zwischen der Größe des Haushalts und der Höhe der Haushaltsausgaben. Alleinstehende Frauen geben weniger aus als alleinstehende Männer, was mit den unterschiedlichen Einkommen zusammenhängt. Männer geben mehr in Gaststätten, für Alkohol und Tabakwaren aus, Frauen dagegen mehr für Bekleidung, Körperpflege, Gesundheit und Wohnungsausstattung. Die höchsten Haushaltsausgaben haben Erwerbstätige, die geringsten arbeitslose Personen. Betrachtet nach Lebensalter haben die 30- bis 60jährigen die höchsten Haushaltsausgaben, die Jungen und PensionistInnen – mangels Einkommen und Familie – die geringsten Ausgaben.

<sup>132</sup> Statistik Austria, Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/2005

<sup>133</sup> Statistik Austria, Konsumerhebungen 2004/2005, S.33, eigene Berechnung

<sup>134</sup> Statistik Austria, Konsumerhebung 2004/05, , S.32

Monatliche Verbrauchsausgaben der Schwazer Haushalte 1999/2000 und 2004/2005<sup>135</sup>

	Haushalts- ausgaben Schwaz in Euro	Anteil in %	Haushalts- ausgaben Schwaz in Euro	Anteil in %	Veränderung in Euro	Haushalts- ausgaben Tirol in Euro
	1999/2000		2004/05			2004/05
<b>Verbrauchsausgaben insgesamt</b>	<b>2.182,61</b>	<b>100</b>	<b>2.586,10</b>	<b>100</b>	403,49	<b>2.565,60</b>
Lebensmittel, Alkoholfreie Getr.	336,12	15,4	364,64	14,1	28,52	342,40
Alkoholische Getränke, Tabak	56,75	2,6	69,82	2,7	13,08	85,60
Bekleidung, Schuhe	137,50	6,3	137,06	5,3	-0,44	165,80
Wohnen, Wasser, Energie	552,20	25,3	579,29	22,4	27,09	597,20
Wohnungsausstattung	146,23	6,7	168,10	6,5	21,86	175,70
Gesundheit	48,02	2,2	72,41	2,8	24,39	85,80
Verkehr	351,40	16,1	470,67	18,2	119,27	407,30
Kommunikation	52,38	2,4	59,48	2,3	7,10	66,10
Erholung, Freizeit, Sport, Hobby	211,71	9,7	274,13	10,6	62,41	342,40
Bildung	6,55	0,3	15,52	0,6	8,97	14,10
Beherbergung, Gaststätten	96,03	4,4	131,89	5,1	35,86	137,20
sonstige Waren, Dienstleistungen	187,70	8,6	243,09	9,4	55,39	237,00

Umgelegt auf den Bezirk **Schwaz** bedeutet das durchschnittliche **monatliche Haushaltsausgaben in den Jahren 2004/2005 von 2.586 Euro**. Die sogenannten „Äquivalenzausgaben“ betragen im Bezirk Schwaz 1.734 Euro (Tirol 1.724 Euro).<sup>136</sup> Das war eine **Zunahme um 403 Euro** (oder etwa 18%) gegenüber der Konsumerhebung 1999/2000, also **binnen 5 Jahren**. Das heißt, **die monatlichen Haushaltsausgaben stiegen im Bezirk Schwaz um durchschnittlich 80,6 Euro pro Jahr**. Der größten Ausgabenposten ist das Wohnen (knapp 580 Euro pro Monat) gefolgt von Verkehrsausgaben (ca. 470 Euro), Ausgaben für Lebensmittel (ca. 365 Euro.) und Freizeitausgaben (ca. 275 Euro). Am stärksten gestiegen sind in den letzten 5 Jahren die Ausgaben für den Verkehr (+119 Euro), Freizeitausgaben (+62 Euro), für sonstige Waren und Dienstleistungen (+55 Euro) und für Beherbergung und Gaststättenbesuche (+36 Euro).

Die Haushaltsausgaben in Tirol insgesamt sind vor allem bei Freizeit, bei Bekleidung und Schuhen und beim Wohnen höher als im Bezirk Schwaz. Die Bezirksbevölkerung dagegen gibt mehr aus für den Verkehr, für Lebensmittel, für sonstige Waren und Dienstleistungen und für Bildung.

<sup>135</sup> Berechnet aufgrund der Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05 für geringbesiedelte Regionen. Der Bezirk Schwaz fällt mit 77.584 Einwohner und 42,46 Einwohner/km<sup>2</sup> unter gering besiedelte Gebiete.

<sup>136</sup> Äquivalenzausgaben sollen eine exaktere Berechnung der Ausgaben für verschiedene Haushalts-/Familiengrößen ermöglichen, sie gelten für eine erwachsene Person und sind bei Mehrpersonenhaushalten nach folgendem Schema anzuwenden: 1 erwachsene Person = 1,00; jede weitere erwachsene Person = 0,70; Kind 0-3 Jahre = 0,33; Kind 4-6 Jahre = 0,38; Kind 7-10 Jahre = 0,55; Kind 11-15 Jahre = 0,65; Kind 16-18 Jahre = 0,70; Kind 19-21 Jahre = 0,80; Kind 22-26 Jahre = 0,70.

## 3.2 Wohnen

Die Kosten für das Wohnen sind im Allgemeinen die mit Abstand größte Ausgabenposition von Haushalten. Mit erheblichem finanziellem Aufwand verbunden ist in der Regel die Schaffung von Wohnraum. Und einen erheblichen Teil an den regelmäßigen Ausgaben der Haushalte haben die monatlichen Wohn- und Betriebskosten.

### 3.2.1 Zahl, EigentümerInnen, Ausstattung, Größe und Nutzung der Wohnungen

Die Häuser- und Wohnungszählung 2001 ergab für Tirol insgesamt 303.632 Wohnungen. Gegenüber der letzten Zählung 1991 war das eine Zunahme um 53.858 (oder 21,6%) binnen 10 Jahren. Die Mehrheit der Wohnungen (165.502 oder 54,5%) befand sich in Mehrfamilienhäusern oder Nichtwohngebäuden (wie etwa Dienstwohnungen), 138.130 Wohnungen (45,5%) befanden sich in Ein- oder Zweifamilienhäusern. Dieser Landesschnitt wird allerdings wesentlich bestimmt durch Innsbruck, wo nur 8,7% der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sind, alle anderen in Mehrfamilienhäusern oder Nichtwohngebäuden. Denn in allen anderen Tiroler Bezirken ist die Mehrheit der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. So befanden sich auch im Bezirk **Schwaz** 52,8% der Wohnungen (17.092) in Ein- und Zweifamilienhäusern und 47,2% (15.286) in Mehrfamilienhäusern.

#### Wohnungen in Tirol nach Bezirk 2001<sup>137</sup>

	Wohnungen	in Ein- und Zweifamilienhäusern	in %	in Mehrfamilienhäusern*	in %
Schwaz	32.378	17.092	52,8	15.286	47,2
TIROL	303.632	138.130	45,5	165.502	54,5

\* sowie Heimen und Nichtwohngebäuden

Sowohl bei den gut (Kategorie A) als auch bei den schlecht ausgestatteten (Kategorie C und D) Wohnungen erreichte der Bezirk Schwaz die drittschlechtesten Werte des Bundeslandes, nur Innsbruck (Stadt) und Lienz erreichte schlechtere Werte. Die durchschnittliche Wohnungsgröße war gar nur Innsbruck (Stadt) schlechter als im Bezirk Schwaz. Am zweithöchsten war im Bezirk auch der Anteil der Wohnungen ohne Wohnsitzangabe (11,2%).<sup>138</sup>

#### Wohnungsgröße und Ausstattung nach Bezirk 2001<sup>139</sup>

	Wohnungen mit Hauptwohnsitz	Kategorie A in %	Kategorie C und D in %	durchschnittliche Nutzfläche in m <sup>2</sup>
Schwaz	27.277	81,7	2,5	93,6
TIROL	257.916	83	2,2	92,6

<sup>137</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Tirol, S.12

<sup>138</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Tirol, S.13

<sup>139</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Tirol, S.14 f.

### ZweitwohnsitzerInnen 2006<sup>140</sup>

	ZweitwohnsitzerInnen	davon AusländerInnen
Schwaz	7.558	3.299
TIROL	96.434	41.724

In Schwaz wurden zuletzt (2003) 494 Wohnungen neu fertiggestellt, knapp 85% davon durch physische Personen. Schwaz war der einzige Bezirk, in dem keine einzige Wohnung durch gemeinnützige Bauvereinigungen erstellt wurde. 20% der fertig gestellten Wohnungen waren Eigentumswohnungen, 72% gehörten dem Hauseigentümer.<sup>141</sup>

### Wohnungsneubau nach Bezirk 2003<sup>142</sup>

	Fertiggestellte Wohnungen 2003	je 1.000 Einwohner
Schwaz	494	6,5
TIROL	4.841	7,0

### 3.2.2 Wohnkosten

Die Konsumerhebung 2004/05 wies die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben für Wohnen, Beheizung und Beleuchtung in Tirol mit etwa 597,20 Euro aus. In diesen Kosten enthalten waren die Mieten, aber auch die fiktiven Mieten für hohe Zahl von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, die Betriebskosten, die Kosten für Energie und auch die Instandhaltungskosten. Die Kosten waren damit um etwa 37 Euro höher als bei der letzten Erhebung 1999/2000. Und sie lagen auch um etwa 31 Euro über dem österreichischen Durchschnitt.

**Im Bezirk Schwaz können die durchschnittlichen monatlichen Wohnkosten mit 579,30 Euro angenommen werden.** Das ist um 3% unter dem Landesdurchschnitt, allerdings ist die durchschnittliche Wohnfläche im Bezirk Schwaz um knapp 1% höher als im Landesdurchschnitt. Mit anderen Worten: die durchschnittlichen Wohnkosten pro Quadratmeter lagen im Bezirk daher mit 6,19 Euro gering unter dem Landesdurchschnitt von 6,46 Euro. In Regionen mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen empfinden 17% der Bevölkerung die **Wohnkosten als starke Belastung**.<sup>143</sup> Das wären im Bezirk Schwaz zuletzt mehr als **13.000 Menschen** gewesen. Im besonderen Maße gilt das über arbeitslose Menschen, MigrantInnen, AlleinerzieherInnen und Großfamilien.

<sup>140</sup> Amt der Tiroler Landesregierung: Demographische Daten Tirol 2006

<sup>141</sup> Amt der Tiroler Landesregierung: Tiroler Wohnbaustatistik 2003, S.23

<sup>142</sup> Amt der Tiroler Landesregierung: Tiroler Wohnbaustatistik 2003, S.9

<sup>143</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.123

Dazu kamen noch die Kosten der Wohnungsausstattung, also Wohnungseinrichtung, Haushaltsgeräte und –artikel und Heimtextilien. Hier lagen die durchschnittlichen Ausgaben der Innsbrucker Haushalte mit **etwa 168 Euro** (um fast 5%) unter dem Tiroler Durchschnitt (fast 176 Euro).

Der Mikrozensus 2006 weist die Kosten lediglich für die tatsächlich entgeltlich genutzten Tiroler Wohnungen nach verschiedenen Merkmalen aus. Er schloss also nicht, wie die Konsumerhebung, die selbstgenutzten Eigenheime und Eigentumswohnungen mit ein. Die Wohnkosten wurden definiert als eigentliches Nutzungsentgelt (Mietzins, Rückzahlung von Annuitäten oder Nutzungsgebühren), Betriebskosten (also Kanal, Wassergebühren, Grundsteuer, Verwaltungsaufwand usw.) und schließlich auch die Kosten für Beheizung und Beleuchtung oder Garagenbenützung. Danach lag bei den 130.000 entgeltlich genutzten Wohnungen der durchschnittliche Aufwand für Eigentumswohnungen bei 360 Euro, in einer Mietwohnung bei 437 Euro monatlich.<sup>144</sup>

Tatsächlich ergaben sich aber erhebliche Unterschiede je nach Ausstattungskategorie und Größe der Wohnung. So waren in etwa 45% (59.000) dieser entgeltlich genutzten Wohnungen Kosten bis zu 350 Euro monatlich zu zahlen, in etwa 25% der Wohnungen (32.400) zwischen 350 und 500 Euro monatlich, in mehr als 16% der Wohnungen (20.600) zwischen 500 und 650 Euro im Monat, in 14% der Wohnungen (18.200) sogar noch mehr.<sup>145</sup>

Berufstätige hatten in der Regel einen höheren durchschnittlichen Wohnungsaufwand (knapp 450 Euro monatlich) zu tragen als Nichtberufstätige (etwa 315 Euro monatlich).<sup>146</sup> Selbständige hatten mit durchschnittlich 515 Euro den höchsten durchschnittlichen Wohnungsaufwand unter Berufstätigen als auch insgesamt. Unterdurchschnittlich war er bei Angestellten und Beamten (444 Euro), Arbeitern (440 Euro) und Facharbeitern (427 Euro). Pensionisten hatten einen durchschnittlichen Wohnungsaufwand von 293 pro Monat.<sup>147</sup>

Der Immobilienpreisspiegel 2006 gab für Mietwohnungen, deren Mietzins frei vereinbart wird, für Tirol – je nach Wohnwert – eine monatliche Miete zwischen 4,30 und 11,40 Euro je Quadratmeter an. Diese Mieten sind – mit ganz wenigen Ausnahmen – gegenüber 2005 gestiegen. Mietwohnungen im Bezirk Schwaz gehörten nicht zu den billigsten des Landes, erreichten aber auch nicht das Niveau der teuersten Wohnbezirke. Bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von knapp 76 m<sup>2</sup> **im Bezirk Schwaz wurde je nach Wohnwert eine Miete von 387 bis 508 Euro pro Monat verlangt.**

---

<sup>144</sup> Statistik Austria: Wohnen 2006, Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus Jahresdurchschnitt 2006, S.155

<sup>145</sup> Statistik Austria: Wohnen 2006, Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus Jahresdurchschnitt 2006, S.163

<sup>146</sup> Statistik Austria: Wohnen 2006, Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus Jahresdurchschnitt 2006, S.162

<sup>147</sup> Statistik Austria: Wohnen 2006, Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus Jahresdurchschnitt 2006, S.162

Monatliche, frei vereinbarte Mieten pro Quadratmeter in Euro 2006 nach Bezirken<sup>148</sup>

Bezirk	Mittlerer Wohnwert	Guter Wohnwert	Sehr guter Wohnwert
Schwaz	5,10 - 5,30	5,90 - 6,00	6,50 - 6,70
TIROL	4,30 - 7,20	5,00 - 8,20	5,80 - 11,40

Größer und abhängig von der Lage und Wohnwert sind die Preisunterschiede beim Kauf einer Eigentumswohnung. Gebrauchte Eigentumswohnungen kosteten in Tirol zwischen 848 und 3.250 Euro je Quadratmeter, neue Eigentumswohnungen zwischen 1.390 und 3.625 Euro und Reihenhäuser zwischen 1.080 und 2.767 Euro. Der Bezirk Schwaz ist bei den gebrauchten Eigentumswohnungen im unteren Drittel der Preisskala zu finden, bei sehr gutem Wohnwert ist Schwaz sogar der billigste Bezirk Tirols. Bei neuen Eigentumswohnungen ist Schwaz, hinter den Bezirken Kitzbühel, Innsbruck Stadt und Innsbruck Land, der viertteuerste Bezirk in ganz Tirol. Bei den Preisen für Reihenhäuser und Einfamilienhäuser liegt Schwaz im Tiroler Mittelfeld. Die „teuersten“ Wohnbezirke in Tirol ist in allen Wohnungskategorien der Bezirk Kitzbühel, gefolgt von der Stadt Innsbruck und dem Bezirk Innsbruck-Land. Die preiswertesten Bezirke sind Reutte und Lienz. Schwaz gehört zu den mittleren, teilweise auch zu den eher preiswerten Bezirken. **Eine gebrauchte Eigentumswohnung mit einer durchschnittlichen Größe von knapp 76 m<sup>2</sup> kostete in Schwaz 2006 je nach Wohnwert zwischen 76.074 und 113.773 Euro, eine neue Eigentumswohnung derselben Größe zwischen 143.337 und 169.636 Euro.**

Preis einer gebrauchten Eigentumswohnung pro Quadratmeter in Euro 2006 nach Bezirken<sup>149</sup>

Bezirk	Einfacher Wohnwert	Mittlerer Wohnwert	Guter Wohnwert	Sehr guter Wohnwert
Schwaz	1.002,30	1.208,00	1.305,90	1.499,00
TIROL	848,2 - 1.390,80	1.050,00 - 1.783,30	1.214,70 - 2.325,00	1.499,00 - 3.250,00

Preis einer neuen Eigentumswohnung pro Quadratmeter in Euro 2006 nach Bezirken<sup>150</sup>

Bezirk	Mittlerer Wohnwert	Guter Wohnwert	Sehr guter Wohnwert
Schwaz	1.888,50	2.157,30	2.235,00
TIROL	1.390,20 - 2.150,00	1.606,00 - 2.600,00	1.994,10 - 3.625,00

<sup>148</sup> Immobilienpreisspiegel 2006, S.157

<sup>149</sup> Immobilienpreisspiegel 2006, S.151

<sup>150</sup> Immobilienpreisspiegel 2006, S.149

### Preis von Reihenhäusern pro Quadratmeter in Euro 2006 nach Bezirken<sup>151</sup>

Bezirk	Einfacher Wohnwert	Mittlerer Wohnwert	Guter Wohnwert	Sehr guter Wohnwert
Schwaz	1.475,80	1.717,80	1.990,30	2.315,00
TIROL	1.080,00 - 1.793,30	1.200,00 - 2.033,30	1.450,00 - 2.450,00	1.800,00 - 2.766,70

### Preis von Einfamilienhäusern pro Quadratmeter in Euro 2006 nach Bezirken<sup>152</sup>

Bezirk	Einfacher Wohnwert	Mittlerer Wohnwert	Guter Wohnwert	Sehr guter Wohnwert
Schwaz	1.645,60	1.660,50	1.897,90	2.051,20
TIROL	950,00 - 2.233,30	1.180,00 - 2.433,30	1.305,00 - 2.816,70	1.625,00 - 3.466,70

Generell sind die Wohnkosten in Tirol im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr hoch. Innsbruck und der Bezirk Kitzbühel gehören mit den Städten Salzburg und Wien zu den teuersten Wohngegenden Österreichs.

### **3.2.3 Betriebskosten**

Die Betriebskosten bestehen in der Regel aus Kosten für Strom, Heizenergie, Wasser und Abwasser, Müllabfuhr, Grundsteuer und Versicherungen. Im Geschosswohnungsbau kommen auch Ausgaben für die Hausverwaltung, Reinigung und Schneeräumung hinzu. Mehr oder weniger regelmäßige Kosten sind auch Aufwendungen bzw. die Rücklagenbildung für die Instandhaltung. Die Statistik Austria wertet bei ihren Wohnkostenerhebungen die Betriebskosten nicht bezirksweise aus. Festgestellt wurde aber in den letzten Jahren ein deutliches Ansteigen der Betriebskosten vor allem durch ein Ansteigen der Energiepreise.

Für Tirol wies die Arbeiterkammer Tirol darauf hin, dass die Strompreise in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind: Für einen Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 3.500 kWh ist der Jahresaufwand für Strom in den Jahren 2000 bis 2005 um 42,32 Euro gestiegen, mit Zuschlägen und Steuern sogar um 48,29 Euro, was einer Zunahme um 45% entsprach. Ein besonderes Problem für Haushalte mit niedrigem Energieverbrauch stellen die fixen Grundkosten dar, die nicht durch einen sparsamen Verbrauch eingespart werden können.<sup>153</sup>

Auch bei den Gaspreisen werden durch die Arbeiterkammer in Tirol Erhöhungen festgestellt durch die erhöhte Erdgasabgabe einerseits und erhöhte Lieferpreise andererseits. Dazu kommt, das Ti-

<sup>151</sup> Immobilienpreisspiegel 2006, S.153

<sup>152</sup> Immobilienpreisspiegel 2006, S.155

<sup>153</sup> AK Tirol: Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 2005, S. 46 f.

roler Haushalte nicht zu alternativen Anbietern wechseln können, weil die TIGAS ein Monopol hat und die Preisfestsetzung „völlig intransparent“ erfolgt.<sup>154</sup>

Ein **Haushalt in Schwaz** mit einem durchschnittlichen Strom- und Gasverbrauch (3.500 kWh Strom, 15.000 kWh Gas) hatte im März 2008 dafür zumindest (beim billigsten Anbieter) pro Jahr knapp 1.578 Euro bzw. **131 Euro pro Monat** zu bezahlen.<sup>155</sup> Gegenüber einer Erhebung im Jänner 2006 war das eine Verteuerung um 8 % oder knapp 122 Euro. Die Heizölpreise haben sich seit dem Jahr 2002 auf über 80 Cent je Liter sogar mehr als verdoppelt.

Äußerst unterschiedlich sind die Wasser- und Abwassergebühren in Tirol, nachdem die Wasserver- und Abwasserentsorgung oft lokal oder regional organisiert ist. Eine eigene Erhebung in den Bezirkshauptstädten Tirols im Juni 2005 ergab folgendes Bild: Die Preisunterschiede für einen Kubikmeter Wasser und Abwasser betragen bei Wasser bis zu 115 %, bei Abwasser sogar bis zu 138 %. Die Wasserverbrauchsgebühren waren in Innsbruck am höchsten und mit 1,42 Euro mehr als doppelt so hoch als etwa in Imst. In Schwaz lagen sie mit 0,84 Euro auch 2008 noch im unteren Bereich. Gemessen am Wasserverbrauch waren die jährlichen **Kosten für Wasser und Abwasser pro Kopf in Schwaz im Jahr 2005 mit rund 155 Euro am günstigsten** von allen Bezirkshauptstädten (in Innsbruck betragen sie rund 270 Euro).

### **3.2.4 Neubaukosten**

Für eine 2001 in Tirol fertig gestellte Wohnung betragen die durchschnittlichen Baukosten 147.000 Euro. Der Quadratmeterpreis lag bei 1.420 Euro (ohne Grund- und Aufschließungskosten). Im Bereich des Ein- und Zweifamilienhausbaus betragen die durchschnittlichen Baukosten in Tirol im Jahr 2001 pro Wohnung 184.000 Euro bzw. 1.400 Euro pro Quadratmeter. Im Geschosswohnbau lagen die durchschnittlichen Baukosten pro Wohnung bei nur 111.000 Euro, während die Wohnbaukosten pro Quadratmeter mit 1.460 Euro höher waren als im Bereich des Ein- und Zweifamilienwohnbaus. Tirol lag mit 184.000 Euro Baukosten eines Ein- und Zweifamilienhausbaus knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 188.000 Euro, im Geschosswohnbau mit 111.000 Euro knapp über dem Bundesdurchschnitt von 105.000 Euro.<sup>156</sup>

Baugrundstücke für freistehende Einfamilienhäuser sind in Tirol vergleichsweise teuer. Im Bezirk **Schwaz** sind die Preise pro Quadratmeter von 177,5 bis 275 Euro, je nach Wohnlage, innerhalb des Bundeslandes die viertgünstigsten. Das teuerste Pflaster für den Einfamilienhausbau bietet in Tirol Innsbruck. In Innsbruck sind Baugrundstücke damit so teuer wie in Salzburg und in den Wiener Grünbezirken.

---

<sup>154</sup> AK Tirol: Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 2005, S. 48

<sup>155</sup> Tarifkalkulation laut e-control

<sup>156</sup> Amt der Tiroler Landesregierung: Tiroler Wohnbaustatistik 2003

## Preise für Baugrundstücke für freistehende Einfamilienhäuser pro m<sup>2</sup> in Euro 2006<sup>157</sup>

	Normale Wohnlage	Gute Wohnlage	Sehr gute Wohnlage
Schwaz	177,5	212,0	275,0
TIROL	97,0 - 376,2	127,0 - 446,7	194,0 - 559,1

### **3.3 Mobilität**

#### **3.3.1 Besitz und Nutzung von Fahrzeugen. PendlerInnen**

Die Mobilität mittels individueller Fortbewegungsmittel (PKW und einspurige Fahrzeuge) liegt in Tirol in etwa im österreichischen Durchschnitt: die Ausstattung der Haushalte mit PKW beträgt im österreichischen Durchschnitt 76%, in Tirol 77%.<sup>158</sup> Der Besitz einer Zeitkarte für ein öffentliches Verkehrsmittel lag dagegen zuletzt (Konsumerhebung 1999/2000) in Tirol mit 31% der Haushalte deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 38%.

Die begrenzte Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel hat insbesondere Auswirkungen auf die Mobilität Berufstätiger, wie die Pendlerstatistik der Volkszählung 2001 nachweist. Über 120.000 (78%) der Tiroler TagesauspendlerInnen benutzten ein privates Kraftfahrzeug, um zur Arbeit zu kommen (meist das eigene Auto, ein geringer Teil nutzte eine Mitfahrmöglichkeit oder ein einspuriges Kfz). Knapp 77.000 Tiroler Haushalte (31%) verfügten über eine Zeitkarte für ein öffentliches Verkehrsmittel, aber nur knapp 29.000 PendlerInnen (19% der PendlerInnen) nutzten auch ein öffentliches Verkehrsmittel, um zur Arbeit zu kommen. Lediglich 3% der PendlerInnen waren 2001 mit dem Fahrrad, zu Fuß oder auf andere Weise unterwegs zur Arbeit.

Die Zahl der TagesauspendlerInnen lag im Bezirk Schwaz mit 57% deutlich über dem Landesdurchschnitt von 49%, bei den EinpendlerInnen mit 48% aller Berufstätigen dagegen genau im Landesdurchschnitt. Der Bezirk Schwaz lag im Landesdurchschnitt auch was die Art der Mobilität der TagesauspendlerInnen betraf: 15.935 (78%) nutzten ein Kraftfahrzeug, 3.712 (18%) die öffentlichen Verkehrsmittel und 623 (3%) gingen zu Fuß oder fuhren mit dem Fahrrad. Ein weit größerer Anteil nämlich 82% (14.292) der TageseinpendlerInnen in den Bezirk Schwaz fuhren mit einem Kraftfahrzeug, aber es benutzten nur 13% (2.363) öffentliche Verkehrsmittel.

<sup>157</sup> Immobilienpreisspiegel 2006, S.145

<sup>158</sup> Konsumerhebung 2004/05, S. 42 und 45

### TagespendlerInnen nach Verkehrsmittel 2001<sup>159</sup>

	Berufs- tätige	Tages- einpendler	mit Kfz	mit öffentl. Verkehrs- mitteln	Fuß, Rad, sonst.	Tages- auspendler	in % der Berufs- tätigen	mit Kfz	mit öffentl. Verkehrs- mitteln	Fuß, Rad, sonst.
Schwaz	36.088	17.390	14.292	2.363	636	20.429	57	15.935	3.712	623
TIROL	317.370	151.460	117.586	28.576	4.280	155.226	49	120.856	28.930	4.348

### Ein- und AuspendlerInnen 2001<sup>160</sup>

	Gemeinde- einpendler	davon Tagespendler	Nicht Tagespendler	Gemeinde- auspendler	davon Tagespendler	Nicht Tagespendler
Schwaz	18.848	17.390	1.458	21.895	20.429	1.466
TIROL	166.964	151.460	15.504	172.284	155.226	17.058

### **3.3.2 Mobilitätskosten**

Die Tiroler Haushalte gaben zwar – in absoluten Zahlen – zuletzt (2004/05) mit 407 Euro monatlich etwa gleich viel für ihre Mobilität aus als ein durchschnittlicher österreichischer Haushalt (409 Euro), jedoch nahmen die Mobilitätskosten in Tirol mit 15,3% der Haushaltsausgaben einen geringeren Anteil an den monatlichen Ausgaben ein als im österreichischen Durchschnitt (16,1%). Dennoch waren sie der zweitgrößte Ausgabenposten der Tiroler Haushalte. Die Verkehrsausgaben sind gegenüber der Konsumerhebung 1999/2000 um 66 Euro pro Monat oder 19% gestiegen.<sup>161</sup>

Haushalte in geringer besiedelten Regionen wie im Bezirk Schwaz geben in der Regel einen höheren Anteil der Haushaltsausgaben für den Verkehr aus als solche in dichtbesiedelten Regionen. Es ist davon auszugehen, dass die **Mobilitätskosten im Bezirk Schwaz mehr als 15% über dem Landesdurchschnitt, also bei etwa 470 Euro monatlich liegen**. Die durchschnittliche Steigerung seit der letzten Konsumerhebung betrug 119 Euro oder 34%, hauptsächlich verursacht durch die höheren Kfz-Kosten.

ArbeitnehmerInnen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, bekommen über den Verkehrsabsetzbeitrag hinaus auch eine Pendlerpauschale. 41.848 Tiroler ArbeitnehmerInnen erhielten nach Angaben der Lohnsteuerstatistik 2005 eine Pendlerpauschale. Das waren etwa knapp 35% jener PendlerInnen, die mit dem Kfz zur Arbeit fahren. Im Bezirk Schwaz bekamen 5.613 eine Pendlerpauschale. Im Raum Schwaz lag die Inanspruchnahme damit in etwa im Landesdurchschnitt.

<sup>159</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.181 f.

<sup>160</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.162 f.

<sup>161</sup> Statistik Austria: Konsumerhebung 1999/2000 und 2004/05

## TagesauspendlerInnen (mit Kfz; 2001) und Pendlerpauschale nach Bezirken 2005<sup>162</sup>

	Tagesauspendler mit Kfz	Pendlerpauschale bezogen	in %
Schwaz	15.935	5.613	35,2
TIROL	120.856	41.848	34,6

### **3.4 Familie**

In Familien erwachsen in der Regel zusätzliche Kosten und Belastungen durch Kindererziehung und –betreuung, durch die Bildung und Ausbildung der Kinder, im zunehmendem Alter durch die Gesundheitspflege und in wachsendem Maß auch durch die Pflege Angehöriger, worauf im Abschnitt 2.4 bereits hingewiesen wurde.

#### **3.4.1 Familienstrukturen**

11% aller Tiroler Einpersonenhaushalte und 12% der Haushalte mit 4 und mehr Personen waren bei der letzten Volkszählung 2001 im Bezirk Schwaz zu finden. Der Bezirk lag mit einer durchschnittlichen Haushaltgröße von 2,7 Personen nur gering über dem Landesdurchschnitt (2,6)<sup>163</sup>.

2001 lebten im Bezirk Schwaz 20.600 Familien, von denen 11.759 (57,1%) insgesamt 21.945 Kinder hatten. Es gab aber auch 3.078 alleinerziehende Mütter und Väter mit 4.316 Kindern. Das heißt: 14,9% der Haushalte mit Kindern waren Alleinerzieher-Haushalte und 11,7% aller Kinder lebten bei alleinerziehenden Elternteilen.<sup>164</sup> Damit lag der Bezirk Schwaz unter dem Landesdurchschnitt: In Tirol betrug der Anteil der Alleinerzieher-Haushalte 16,1%, in denen 18,1% aller Kinder lebten. AlleinerzieherInnen-Haushalte haben – weil nur ein Erwerbseinkommen zur Verfügung steht (wenn überhaupt) – eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote von 27%<sup>165</sup>. **Es ist anzunehmen, dass im Bezirk Schwaz etwa 2.000 Menschen (Erwachsene und Kinder) armutsgefährdet sind, weil sie in AlleinerzieherInnen-Haushalten leben.** Mit 21%<sup>166</sup> überdurchschnittlich hoch ist auch die Armutsgefährdungsquote kinderreicher Familien (3 oder mehr Kinder). Im Bezirk Schwaz lebten 2001 12.797 Menschen in Familien mit 3 und mehr Kindern. **Es ist anzunehmen, dass etwa 2.700 Erwachsene und Kinder im Bezirk Schwaz armutsgefährdet sind, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben.**

<sup>162</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.241 und Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.180 f.

<sup>163</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol

<sup>164</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol

<sup>165</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.40

<sup>166</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.40

### Familientypen nach Bezirk 2001<sup>167</sup>

	Familien gesamt	Ehepaare und Lebens- gemeinschaften mit Kindern	in % aller Familien	Kinder in diesen Familien	Allein- erziehende Mütter und Väter	in % aller Familien	Kinder in diesen Familien
Schwaz	20.600	11.759	57,1	21.945	3.078	14,9	4.316
TIROL	181.984	99.493	54,7	186.461	29.293	16,1	41.395

### **3.4.2 Kinder und Kinderbetreuung**

Im Bezirk Schwaz lebten 2001 4.504 Kinder im Alter von 0 bis 4 Jahren, 5.090 Kinder im Alter von 5 bis 9 Jahren, 4.946 Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren sowie 4.932 Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren. Ab Mitte der 90er Jahre bis 1999 war die Zahl der Geburten in Tirol rückläufig, seither ist sie stabil.

### Kinder nach Altersgruppen (2001)<sup>168</sup>

	0-4	5-9	10-14	0-14	15-19
Schwaz	4.504	5.090	4.946	14.540	4.932
TIROL	37.933	43.441	42.481	123.855	43.034

Familie und Beruf zu vereinbaren ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen für viele Haushalte. *„Kinder zu bekommen bedeutet einen radikalen Einschnitt in die Lebensplanung junger Menschen, schafft Abhängigkeiten und bedeutet für viele Erschwernisse in unterschiedlichen Feldern wie zum Beispiel im Bildungsbereich, bei der Wohnsitzwahl, am Arbeitsmarkt, bei der Karriereplanung, bei der Freizeitgestaltung, bei der Partnerwahl, bei der Aufrechterhaltung des eigenen, gewohnten Lebensstandards“* stellte die Tiroler Landesregierung 2005 fest.<sup>169</sup>

Und immer noch liegt die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung in der Familie bei den Frauen. Österreichs Frauen wenden pro Woche im Durchschnitt knapp 28 Stunden für Haushalt und Kinderbetreuung auf, Männer dagegen nur 7 Stunden – beide meist zusätzlich zur Berufstätigkeit.<sup>170</sup> Drei Viertel der Kinderbetreuung lastet in Österreich auf den Frauen. Mit der Folge, dass Frauen bei der beruflichen Aktivität und Karriere zurückstecken (müssen). Eine organisierte, bedarfsorientierte Kinderbetreuung hilft den Frauen berufstätig sein zu können. 55% der Mütter, die Kinder in Tiroler Kinderbetreuungseinrichtungen haben, sind erwerbstätig, mehr als zwei Drittel von ihnen in Teilzeitstellen. 62% der Mütter von Kindern in Kinderkrippen und 76% der Mütter von

<sup>167</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.200

<sup>168</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I - Tirol

<sup>169</sup> Amt der Tiroler Landesregierung, Demographische Daten 2005, S.59

<sup>170</sup> Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Kindern in Horten sind erwerbstätig.<sup>171</sup> Alleinerzieherinnen sind im höchsten Maß auf Betreuungseinrichtungen angewiesen. 83% der Tiroler Alleinerzieherinnen sind berufstätig.<sup>172</sup>

4.504 Kinder im Bezirk Schwaz waren 2001 in einem Alter (0 bis 4 Jahre), wo in höchstem Maß Kinderbetreuung erforderlich ist. Weitere 10.036 Kinder waren in einem Alter von 5 bis 14 Jahren, wo zumindest nach der Schule eine Kinderbetreuung erforderlich ist. Somit befanden sich 2001 **14.540 Kinder im Bezirk Schwaz in einem Alter, wo Betreuung mehr oder weniger erforderlich ist.**

Im Bezirk Schwaz waren 2006/07 74 Kinderbetreuungseinrichtungen in Betrieb. Den Großteil bildeten 51 Kindergärten (mit 1.961 Kindern), 18 Kinderkrippen (mit 436 Kindern) und 5 Horte (mit 165 Kindern. Mit anderen Worten: Es waren 2.562 (oder 18,4% der 13.905) Schwazer Kinder im Alter bis 15 Jahren in einer Kinderbetreuungseinrichtung, was dem Landesdurchschnitt entsprach.

Krippen, Kindergärten und Horte nach Bezirken 2006/2007<sup>173</sup>

	Krippen			Kindergärten			Horte		
	Zahl	Gruppen	Kinder	Zahl	Gruppen	Kinder	Zahl	Gruppen	Kinder
Schwaz	18	24	436	51	100	1.961	5	9	165
TIROL	146	176	3.007	440	895	17.615	46	78	1.538

Kinder in Krippen, Kindergärten und Horten 2006/2007<sup>174</sup>

	institutionelle Betreuungseinrichtungen	betreute Kinder	in % der Kinder von 0-14
Schwaz	74	2.562	18,4
TIROL	632	22.160	18,7

145 Schwazer Kinder wurden zuletzt (2006/2007) in 13 nicht-institutionellen Einrichtungen untergebracht. Davon 15 Kinder bei 7 Tagesmüttern. 114 Kinder waren in 4 Kindergruppen untergebracht. Und schließlich wurden 16 Kinder in 2 Ganztagschulen, Tagesheimschulen sowie Internaten betreut.<sup>175</sup>

Das bedeutet, dass im Jahr 2006 **80% der Kinder im Bezirk Schwaz** (ins. 11.833), die in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigem Alter waren (also jünger als 15 Jahre) nicht in einer Kinderbetreuungseinrichtung, sondern – in der Regel – **in der Familie bzw. im (erweiterten) familiären oder Freundes-Bereich oder auch gar nicht betreut wurden.** Man bedenke, dass im

<sup>171</sup> Statistik Austria: Kindertagsheimstatistik 2006/07, S.64

<sup>172</sup> Statistik Austria: Kindertagsheimstatistik 2006/07, S.67

<sup>173</sup> Amt der Tiroler Landesregierung: Statistik der Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol 2006/2007

<sup>174</sup> Amt der Tiroler Landesregierung: Statistik der Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol 2006/2007

<sup>175</sup> Amt der Tiroler Landesregierung: Statistik der Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol 2006/2007

Bezirk Schwaz fast doppelt so viele Kinder (4.316) in Alleinerzieher-Haushalten leben als in Betreuungseinrichtungen insgesamt untergebracht sind.<sup>176</sup>

Ein wichtiges Kriterium für die Eltern sind die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtung, besonders an den Tagesrändern. „Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten“, betont der Sozialbericht 2003/2004.<sup>177</sup>

Ganztagesbetreuung gibt es nur in 18 von 51 Kindergärten im Bezirk Schwaz (24,3%). Allerdings erfassen sie 55,3% aller betreuten Kinder im Bezirk, was deutlich mehr als der Landesdurchschnitt (45,7%) ist. Nur 6 Kindergärten (11,8%) haben 45 Stunden pro Woche und länger geöffnet. Weiters öffnen nur 3 Kindergärten vor 7 Uhr morgens ihre Türen. Der Großteil der Kindergärten (80%) hat zudem in den Schulferien geschlossen – und damit insgesamt rund 3 Monate im Jahr. Laut Mikrozensus 2002 bestand in Tirol zusätzlicher Betreuungsbedarf für 4.100 Kinder, verhältnismäßig gleich verteilt auf alle Altersgruppen.<sup>178</sup>

Ganztagsbetreuung in Tirol nach Bezirken 2006/2007<sup>179</sup>

	institutionelle Betreuungseinrichtungen	betreute Kinder	davon Einrichtungen mit Ganztagesbetreuung	in %	ganztägig betreute Kinder	in % aller betreuten Kinder
Schwaz	74	2.562	18	24,3	1.416	55,3
TIROL	632	22.160	209	33,1	10.136	45,7

### **3.4.3 Kosten der Kinderbetreuung**

Haushalte mit kleinen Kindern (bis 6 Jahre) haben mit 17% ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Und das höchste Armutsrisiko – nach Familienstrukturen - haben in Österreich Alleinerziehende (27%) und Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern (21%).<sup>180</sup> Laut Sozialbericht 2003-2004 wurden im Jahr 2002 seitens der öffentlichen Hände (vor allem der Länder und Gemeinden) etwa 800 Mio. Euro für „Kindergärten“ aufgewendet, wobei dies eine Schätzung sei.<sup>181</sup> Diese öffentlichen Investitionen schaffen einerseits Kinderbetreuungsplätze, zum großen Teil aber werden damit laufende Kosten dieser Einrichtungen übernommen, um sie für die Menschen, die sie in Anspruch nehmen, leistbar zu halten. Das Land Tirol hat im Jahr 2007 Ausgaben von 23,557 Mio.

<sup>176</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001, Hauptergebnisse II – Tirol, S.200

<sup>177</sup> Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.222

<sup>178</sup> Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003, S. 39

<sup>179</sup> Amt der Tiroler Landesregierung: Statistik der Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol 2006/2007

<sup>180</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.40

<sup>181</sup> Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.194

Euro für Kindergärten veranschlagt, wobei der Großteil (23,350 Mio. Euro) Personalkostensätze für die meist von Gemeinden geführten Kindergärten sind.<sup>182</sup>

In der Regel werden in ganz Österreich von den Eltern monatliche Beiträge für die Betreuung ihrer Kinder verlangt. In den meisten Bundesländern werden die Elternbeiträge von den Erhaltern der Kinderbetreuungseinrichtungen (überwiegend Gemeinden) selbst festgesetzt und sind daher sehr unterschiedlich. So auch in Tirol. Vom Amt der Tiroler Landesregierung wurden im Jahr 2004 Angaben über die Höhe der monatlichen Elternbeiträge in den einzelnen Institutionen erhoben. Der durchschnittliche monatliche Elternbeitrag für den Besuch des Kindergartens in Tirol betrug danach 42 Euro, für den Hort 100 Euro und für die Kinderkrippe 191 Euro, berechnet jeweils für die längstmögliche Betreuungsdauer, ohne Kosten für eventuelle Mittagsverpflegung und ohne Berücksichtigung irgendwelcher Staffellungen. Ist das Kind in einem öffentlich geführten Kindergarten (Betreiber Bund, Land oder Gemeinde) eingeschrieben, so waren durchschnittlich nur 32 Euro zu bezahlen, in einem Privatkindergarten erreichte der Elternbeitrag dagegen eine durchschnittliche Höhe von 110 Euro.<sup>183</sup>

Der durchschnittliche monatliche Elternbeitrag pro Kind lag im Bezirk Schwaz danach bei 34,45 Euro, was deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 41,69 Euro lag.<sup>184</sup> Die längerfristigen Prognosen sprachen von einem sinkenden Bedarf an Betreuungseinrichtungen.

#### **3.4.4 Schule und Bildungskosten**

Abgesehen von Hortkosten entstehen Eltern zusätzliche und zunehmende **Kosten durch Kinder, die zur Schule gehen**. Etwa durch den Transport der Kinder zur und von der Schule, durch Schulmaterialien, durch Betreuungsbeiträge in ganztägigen Schulformen oder durch die Einführung von Studiengebühren. In Schulen werden auch immer häufiger finanzielle Beiträge von Eltern für Unterrichtsaktivitäten oder Schulveranstaltungen verlangt. Die Sparmaßnahmen im Schulbereich im Bereich der Förderung lern- oder sprachschwacher Kinder führen immer häufiger dazu, dass Eltern private Förder- oder Nachhilfestunden bzw. -kurse zu finanzieren haben. Für Eltern von Jugendlichen, die eine Lehrausbildung machen, entstehen ebenfalls zusätzliche Kosten. Nicht zuletzt sind vor allem die Kosten eines Hochschulstudiums enorm gestiegen – durch die Einführung von Studiengebühren, aber auch die Verteuerung der Wohn- und Lebenshaltungskosten für die Studierenden. Auch im weiteren Lebensweg ergeben sich Kosten durch eine Weiterbildung oder Höherqualifizierung.

---

<sup>182</sup> Landesbudget 2007

<sup>183</sup> Amt der Tiroler Landesregierung: Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol - Kindergärten in Tirol 2003/2004

<sup>184</sup> Ebd. S. 23

Im Schuljahr 2006/2007 gingen im Bezirk Schwaz 11.558 Kinder und Jugendliche zur Schule. 3.596 davon in eine Volksschule, 4.104 in eine Hauptschule, 1.738 in eine mittlere und 1.948 in eine höhere Schule.<sup>185</sup>

Die Bildungsausgaben der Tiroler Haushalte waren allerdings unter dem Bundesdurchschnitt. Sie wurden in der Konsumerhebung 1999/2000 mit nur 4,30 Euro pro Monat oder 0,2% der Haushaltsausgaben angegeben, 2004/05 allerdings mit 14,10 Euro pro Monat. Sie lagen damit dennoch deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 20,30 Euro pro Monat oder 0,8% der Haushaltsausgaben. Dieser Durchschnittswert ist allerdings mit Vorsicht zu sehen, zumal nur etwa 40% der Tiroler Haushalte Kinder und damit zusätzliche Bildungskosten haben. **Im Bezirk Schwaz liegen die durchschnittlichen Bildungsausgaben pro Haushalt mit 14,10 Euro im Landes- aber deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.**

„Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 klar fest.<sup>186</sup> Investitionen in Bildung zahlen sich daher aus: die Armutsgefährdungsquote von Menschen mit (maximal) Pflichtschulabschluss ist durchschnittlich doppelt so hoch (14%) als bei Menschen mit Lehrabschluss (7%), Matura oder Hochschulabschluss (5%).<sup>187</sup>

Bildung ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höheres Einkommen. 52% der AkademikerInnen und 39% der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 14% jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben.<sup>188</sup>

Auf die Hilfen für Familien für SchülerInnen, Studierende und die Lehrlingsausbildung wurde bereits im Abschnitt 2.4 über die Familienleistungen hingewiesen. Darüber hinaus sei die „besondere Schulbeihilfe“ erwähnt. Sie wird gewährt, wenn ein berufstätiger Schüler, seine Erwerbstätigkeit, zum Erwerb einer Matura, aufgibt und sich mindestens ein Jahr davon selbst erhalten hat. Sie beträgt für Alleinstehende monatlich 715 Euro sowie weitere 127 Euro pro Kind.<sup>189</sup>

### **3.4.5 Kosten von Pflege und Behinderungen**

Pflegebedürftige Menschen haben an soziale Dienste Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen zu bezahlen.

Ein Großteil der Pflegeleistungen in Österreich wird nicht von Sozialen Diensten oder in Geriatriischen Zentren erbracht, sondern innerhalb der Familien und hier überwiegend von Frauen. Eine großangelegte Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003 ergab, dass in 80 bis 90% der Pflegefälle Hilfsmaßnahmen (wie Einkaufen und Reinigung der

---

<sup>185</sup> Statistik Austria: Schulstatistik

<sup>186</sup> Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.219

<sup>187</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.36

<sup>188</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.102

<sup>189</sup> AK: [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

Wohnung) durch Angehörige erfolgten, in nur 15 bis 20% durch Soziale Dienste. Selbst Betreuungsmaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.<sup>190</sup> *„Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.“*

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen (66%) und 144.000 Männer (34%), die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.<sup>191</sup> Umgelegt auf Tirol hieße das, dass etwa 39.000 Personen durch Angehörige gepflegt und betreut wurden bzw. werden.

Als private PflegehelferInnen fungieren vorwiegend Kinder, Schwiegerkinder und PartnerInnen. Ein Drittel der pflegenden Frauen – sie wenden im Durchschnitt 11,4 Stunden pro Woche für die Pflege auf - ist durch Berufstätigkeit einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt. Jede/r zweite Pflegeperson empfindet eine psychische Belastung, jede/r dritte auch eine körperliche.

Etwa die Hälfte der pflegenden Angehörigen arbeitet nur Teilzeit, verzichtet für diese Pflege auf Erwerbseinkommen. Zwar wird seit 1993 in Österreich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Pflegegeld gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Dennoch übersteigt die erbrachte Pflegeleistung wertmäßig oft das Pflegegeld.

Die mittlere Lebenserwartung wird in Tirol zwischen 2001 und 2031 erheblich (bei Frauen von 83,5 auf 87,7 und bei Männern von 78,5 auf 82,8 Jahre) ansteigen. *„Die Zahl der über 64-Jährigen wird mit steigender Dynamik bis zum Jahr 2016 um 25.000 Personen zunehmen, danach bis 2031 um weitere 50.000 Personen; die Zahl der über 84-Jährigen wird in den nächsten 25 Jahren von derzeit 10.800 auf weit mehr als das Doppelte (29.900 Personen) ansteigen.“*<sup>192</sup> Damit wird auch die Zahl pflegebedürftiger Menschen stark steigen. Und mit ihnen der Pflegebedarf und -aufwand.

### **3.5 Ausgaben für Gesundheitspflege**

Die monatlichen Ausgaben für Gesundheitspflege (Arzneien, Heilmittel, ärztliche und Krankenhausleistungen) in den Tiroler Haushalten haben sich von 45 Euro monatlich bzw. 2,1% der Haushaltsausgaben (1999/2000) auf 86 Euro bzw. 3,2% der Haushaltsausgaben (2004/05) fast verdoppelt. **Im Bezirk Schwaz liegen die durchschnittlichen Gesundheitsausgaben mit 72,41 Euro monatlich deutlich unter dem Landesdurchschnitt.**

Die Arbeiterkammer Tirol weist darauf hin, dass in den letzten Jahren den PatientInnen zunehmend *„durch Selbstbehalte Eigenleistungen auferlegt werden“*. So zahlen alleine die ASVG-

---

<sup>190</sup> Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

<sup>191</sup> Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003, S.44

<sup>192</sup> Amt der Tiroler Landesregierung, Demographische Daten Tirol 2005, S.52

Versicherten in Österreich pro Jahr bereits 700 Mio. Euro an Selbstbehalten. Allein im Bereich der Tiroler Gebietskrankenkasse betrug im Jahr 2003 der Selbstbehalt im Bezug auf Sachleistungen (Arzt, Medikamente, Heilbehelfe, Anstaltspflege) 72 Mio. Euro (oder 14% der Gesamtkosten). Hinzu kamen Selbstbehalte durch die Entrichtung der Rezeptgebühr in Höhe von 19,2 Mio. Euro und weitere 4 Mio. Euro aus der Krankenscheingebühr.<sup>193</sup> Die Rezeptgebühr ist in den letzten Jahren mehrmals erhöht worden, ebenso der Spitalskostenbeitrag. *„Weitere Millionen Euro an Selbstbehalten entfallen auf die Inanspruchnahme von Wahlärzten, für Heilmittel unter der Rezeptgebühr, für Hilfsmittel, für Zahnbehandlung, Zahnersatz und Zahnkronen, Selbstbehalte für Sanatoriumsaufenthalt, für Transport und Fahrtkosten.“*<sup>194</sup> Man kann davon ausgehen, dass die bei der Gebietskrankenkasse Tirol Versicherten ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen – etwa 370.000 Menschen<sup>195</sup> – in Summe zumindest 100 Mio. Euro an Selbstbehalten pro Jahr zu bezahlen haben. Das sind durchschnittlich etwa 270 Euro pro Jahr oder 22,50 Euro monatlich pro Kopf.

Alarmierend sind die Zahlen aus der Erhebung der Statistik Austria „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005“, wonach in Städten oder Regionen über 10.000 Einwohner 23% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ihren Gesundheitszustand als mittelmäßig bis schlecht beurteilen und sogar 60% der über 65jährigen.<sup>196</sup> Umgelegt auf den Bezirk Schwaz **weisen danach etwa 14.000 Erwachsene nur einen mittelmäßigen und etwa 4.000 sogar nur einen schlechten Gesundheitszustand auf.** Ein Warnsignal muss auch sein, dass mit Ende Juni 2003 in Österreich bis zu 205.000 Menschen über 15 Jahren (oder 3,1% der Bevölkerung über 15 Jahren) nicht vom Schutz einer sozialen Krankenversicherung erfasst waren, die zugleich eine einkommensschwache Bevölkerungsgruppe sind und noch dazu einen relativ schlechten Gesundheitszustand aufweist.<sup>197</sup>

### **3.6 Kommunikationskosten**

Einen wachsenden Teil der Haushaltsausgaben nehmen die Kommunikationskosten ein. Die monatlichen Kommunikationsausgaben lagen in Tirol zuletzt (Konsumerhebung 2004/05) mit 66,50 Euro monatlich bzw. 2,5% der Haushaltsausgaben im österreichischen Durchschnitt. **Im Bezirk Schwaz geben die Haushalte durchschnittlich 59,50 Euro pro Monat für Kommunikation aus.** Diese Kosten sind in den letzten Jahren allerdings durch zusätzliche Kommunikationsangebote (Mobiltelefonie und Internet) deutlich gestiegen.

---

<sup>193</sup> AK Tirol: Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 2005, S. 80

<sup>194</sup> AK Tirol: Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 2005, S. 80

<sup>195</sup> nach Angaben der Tiroler Gebietskrankenkasse

<sup>196</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005, S.125 f.

<sup>197</sup> Gesundheitsministerium: Quantitative und qualitative Erfassung und Analyse der nicht-krankenversicherten Personen in Österreich, Wien 2004, S.14

### durchschnittliche Haushaltsausgaben für Kommunikation in Österreich<sup>198</sup>

	monatlich	jährlich
1993/1994	42,30 €	507,60 €
1999/2000	64,82 €	777,84 €
2004/2005	66,04 €	792,48 €
Veränderung	+ 23,74 €	+ 274,88 €
in %	+ 56,1%	+ 56,1%

Ähnliche Ergebnisse weist die Statistik Austria für die Ausgaben für die „Nachrichtenübermittlung“ in Österreich aus. Die jährlichen Ausgaben stiegen innerhalb von 10 Jahren (1992-2002) um 163%, pro Kopf um 156%. Vor allem in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre – also während des Handy- und Internet-Booms – erfolgte ein rasanter Anstieg der Ausgaben.

### Ausgaben für „Nachrichtenübermittlung“ in Österreich insgesamt<sup>199</sup>

	Insgesamt	Pro Kopf jährlich
1992	1,59 Mrd. €	203 €
1995	1,90 Mrd. €	239 €
2000	4,02 Mrd. €	502 €
2002	4,18 Mrd. €	519 €
Veränderung 1992-2002	+ 2,59 Mrd. €	+ 316 €
In %	+163 %	+156 %

### **3.7 Vermögensbildung - Sparen**

„Gespart“ wurde in den vergangenen Jahren überwiegend von „privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ (das sind im Wesentlichen Privatpersonen, Gewerkschaften, Kirchen und Stiftungen) sowie von Kapitalgesellschaften (also Wirtschaftsunternehmen, Banken, Versicherungen, Investmentfonds und Pensionskassen).

Allerdings nahm die "Sparquote“, also der Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen vor allem der Privaten in den letzten Jahren deutlich ab: 1996 fiel die Sparquote unter 10% und lag eine Zeitlang bei Werten um nur mehr 8%; 2005 betrug die Sparquote 9,1%. Die Sparquote der Privaten ist damit in Österreich unter den Durchschnitt des Euro-Raumes gefallen, ist aber höher als etwa in Japan oder den USA.

Wenn das Sparverhalten der Tiroler Bevölkerung sich nicht von dem anderer Bundesländer unterscheidet, dann ist davon auszugehen, dass ein durchschnittlicher Tiroler Haushalt **etwa 200 Euro monatlich** für das Sparen aufwendet, also etwa das Sparen von Bargeld, das Ansparen von Spar-

<sup>198</sup> Statistik Austria: Konsumerhebungen 1993/1994, 1999/2000 und 2004/05

<sup>199</sup> Statistik Austria

einlagen, das Bausparen und andere Sparformen, wie das Ansparen in Lebensversicherungen oder Pensionsvorsorgen und – in den letzten Jahren verbreiteter – Geldanlagen in Wertpapierfonds und Aktien.

Das Sparverhalten hängt allerdings enorm vom verfügbaren Einkommen ab. Es kann angenommen werden, dass die armutsgefährdeten Menschen in Schwaz von der Vermögensbildung weitgehend ausgeschlossen sind.

### **3.8 Schulden**

Bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung ist auch die Tilgung von privaten Schulden Bestandteil der regelmäßigen Ausgaben. Insbesondere durch die Wohnraumschaffung entstehen meist erhebliche Schulden. Die Schulden der privaten Haushalte in Österreich sind zu mehr als der Hälfte (53%) Wohnbaukredite und zu 20% Konsumkredite.<sup>200</sup>

Die beim Kreditschutzverband geführte Kleinkreditevidenz weist für Tirol etwa 200.000 Personen aus.<sup>201</sup> Davon dürften etwa 30.000 Tiroler schwer verschuldet oder sogar überschuldet sein.<sup>202</sup> Diese Zahl wird vom Kreditschutzverband Tirol bestätigt, sie sei aber seit Jahren relativ konstant.

Die Verschuldungssumme der Privaten steigt. Von 1995 bis 2004 stieg die private Verschuldung in Österreich insgesamt um 44,2 Mrd. Euro oder 80 % auf 94,2 Mrd. Euro. Im Durchschnitt dieser zehn Jahre stieg die Verschuldung damit pro Jahr um 4,4 Mrd. Euro oder 8 %. Wenn man von einer durchschnittlichen Verschuldung der Tiroler Haushalte ausgeht, so war **2004 jeder Tiroler Haushalt mit durchschnittlich knapp 28.200 Euro verschuldet**, alle Tiroler Haushalte mit insgesamt 7,35 Mrd. Euro.

Schon der Finanzmarktstabilitätsbericht 6 der Oesterreichischen Nationalbank stellte 2003 fest: *„Die deutliche Zunahme bei den Privatkonkursen in den letzten Jahren kann als Hinweis dafür gesehen werden, dass sich das Ausfallrisiko im Haushaltssektor verschlechtert hat.“*<sup>203</sup>

Ende 2003 waren nach Angaben des Inkassoverbandes 900.000 ÖsterreicherInnen erheblich verschuldet oder zahlungsunfähig.<sup>204</sup> Die Zahl und Höhe überfälliger Forderungen steige. Der Inkassoverband stellt bei den privaten Schuldnern einen rapide „Verschlechterung der Zahlungsmoral“ fest, wobei neben Arbeitslosigkeit und Liquiditätsengpässen auch vorsätzliches Nichtzahlen nehme, eine Entwicklung, die durch die Möglichkeit des Privatkonkurses gefördert wird.<sup>205</sup>

---

<sup>200</sup> <http://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=800.9.2>

<sup>201</sup> Tiroler Tageszeitung, 12.3.2005

<sup>202</sup> Tiroler Tageszeitung, 13.8.2004

<sup>203</sup> Oest. Nationalbank: Finanzmarktstabilitätsbericht 6, Wien, 2003, S.56

<sup>204</sup> Inkassoverband, 26.11.2003

<sup>205</sup> Presseaussendung des Inkassoverbandes vom 28.4.2005

Der Kreditschutzverband meldete 2006 eine Zunahme der Privatkonkurse um 18% (auf 6.315) innerhalb eines Jahres. In Tirol wurden im Jahr 2006 651 Privatkonkurse eröffnet mit einer durchschnittlichen Verschuldung von über 167.800 Euro. Tirol hatte im Jahr 2006 nach Wien die **zweit-höchste Verschuldung privater Haushalte aller Bundesländer** (109,3 Mio. Euro) und auch eine über dem Durchschnitt (130.000 Euro) liegende Verschuldung pro Fall.<sup>206</sup>

Die Schuldnerberatung Tirol gab im Jahr 2006 die Zahl der von ihr betreuten Schuldner mit 1.726 an. Die Personen hatten eine durchschnittliche Verschuldung bei etwa 72.000 Euro, womit sie deutlich über dem österreichischen Durchschnitt lag. **26% der von der Schuldnerberatung betreuten Personen kamen aus dem Tiroler Unterland.** Fast 58% kamen aus Innsbruck und Innsbruck-Land. Eine Verschlechterung des Einkommens oder Arbeitslosigkeit sind nach Angaben der Schuldnerberatung die mit Abstand häufigsten Ursachen für eine Überschuldung, gefolgt von selbständiger Tätigkeit und dem Konsumverhalten.<sup>207</sup>

### **3.9 Kaufkraft in Tirol**

Eine Studie über Preise und Kaufkraft des Instituts OGM im September 2005, bei der rund 6000 Preise ermittelt wurden, bestätigte für Tirol, dass die Netto-Einkommen 2003 selbst unter Einbeziehung sämtlicher Transferleistungen und Einkommen aus der Schattenwirtschaft (mit 93,5%) deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt lagen und nur noch in Kärnten und Burgenland noch geringer als in Tirol waren.<sup>208</sup> Kaufkraft wird definiert als dem Käufer zur Verfügung stehendes Geld, das durch Einkommen, aber auch Kredite entsteht. Sie wird u.a. bestimmt durch den Preisindex.

Für Tirol wurde ein überdurchschnittliches und mit 102,9% sogar das insgesamt dritthöchste Preisniveau aller Bundesländer (nach Vorarlberg und Salzburg) festgestellt. Unterdurchschnittliche Einkommen und überdurchschnittliche Preise führten letztlich dazu, dass für Tirol die geringste Kaufkraft aller Bundesländer (mit 9,1% unter dem österreichischen Durchschnitt liegend) ausgewiesen wurde.

---

<sup>206</sup> Insolvenzstatistik 2006 des Kreditschutzverbandes, S.20

<sup>207</sup> Schuldnerberatung Tirol, [www.sbtirool.at](http://www.sbtirool.at)

<sup>208</sup> OGM: Studie Reale Kaufkraft 2005, September 2005

## **4. Zusammenfassung**

### **Bevölkerung, Wirtschaft, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit:**

11% der Tiroler Bevölkerung leben im Bezirk Schwaz. Das Bevölkerungswachstum lag 2005 in Schwaz mit plus 0,8% um 0,1% über dem Landesdurchschnitt.

In der Region Tiroler Unterland werden etwa 35% der Tiroler Wertschöpfung erarbeitet und der Anstieg des Bruttoregionalprodukts lag in der Region Tiroler Unterland in den letzten Jahren (1995-2004) über dem Landes- und auch über dem Bundesdurchschnitt.

11% aller Tiroler Berufstätigen waren zuletzt (2006) im Bezirk Schwaz beschäftigt. Im Bezirk hatten zuletzt (2005) nur etwa 13.800 bzw. 64% der männlichen Arbeitnehmer und etwa 6.500 bzw. 37,5% der weiblichen Arbeitnehmer einen Normalarbeitsplatz. Fast 34% der Arbeitnehmer und sogar 63% der Arbeitnehmerinnen des Bezirks (zusammen 18.011 Menschen bzw. 47% der ArbeitnehmerInnen) waren im Jahr 2005 nicht ganzjährig beschäftigt.

Im Bezirk Schwaz liegt allerdings die Arbeitslosenquote deutlich unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt.

### **EINKOMMEN:**

#### **Arbeitnehmereinkommen:**

Im Bezirk Schwaz lagen die Arbeitnehmereinkommen zuletzt (2005) um 0,8% unter dem Tiroler Durchschnitt und 11% unter dem Bundesdurchschnitt. Ein ganzjährig vollbeschäftigter männlicher Arbeitnehmer verdiente 2005 im Bezirk durchschnittlich 24.271 Euro netto, bei nicht ganzjähriger Beschäftigung dagegen nur 8.996 Euro. Eine ganzjährig vollbeschäftigte Frau verdiente im Bezirk 17.933 Euro netto. Bei ganzjähriger Teilzeitbeschäftigung durchschnittlich 10.058 Euro, bei nicht ganzjähriger Beschäftigung nur 5.946 Euro.

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in Tirol mit 62,5% höher als im Bundesdurchschnitt (54,2%). Im Bezirk Schwaz sind sie mit 67,5% sogar höher als der Landesdurchschnitt.

Generell nimmt der Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der wirtschaftlichen Wertschöpfung ab, die Einkommensunterschiede zwischen schlecht- und gutverdienenden ArbeitnehmerInnen wachsen, atypische Beschäftigungen nehmen deutlich zu und auch die Armutsgefährdung erwerbstätiger Menschen („working poor“). Es muss angenommen werden, dass im Bezirk Schwaz etwa 2.800 Menschen zeitweise oder ganzjährig armutsgefährdet oder arm („working poor“) sind, obwohl sie voll oder teilweise, unselbständig oder selbständig erwerbstätig sind.

Im Bezirk lebten zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (2001) etwa 7.000 ausländische StaatsbürgerInnen. Insgesamt gab es aber weitere rund 8.400 Menschen, die im Ausland geboren wurden. Es ist davon auszugehen, dass im Bezirk Schwaz etwa 4.000 MigrantInnen – jeder vierte – armutsgefährdet sind.

### **Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse:**

Rein selbständig Tätige hatten im Bezirk Schwaz zuletzt (2004) jährliche Einkünfte von durchschnittlich 35.227 Euro. Die Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb betragen im Bezirk durchschnittlich 33.576 Euro. Die Einkommen der Selbstständigen lagen damit etwas (4%) über dem Landesdurchschnitt, die Einkommen aus einem Gewerbebetrieb dagegen deutlich (um 23%) über dem Landesdurchschnitt.

36% aller Tiroler Unternehmen (insg. 2.716) hatten zuletzt (2003) ihren Sitz in der Region Tiroler Unterland. Sie vereinigten 35% aller Gewinne auf sich, aber auch 37% aller Verluste. Der durchschnittliche Gewinn lag mit mehr als 202.200 Euro um etwa 6% unter dem Landesdurchschnitt.

Generell zeigt sich, dass Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse seit mehr als 20 Jahren stärker wachsen als Arbeitnehmerentgelte.

### **Vermögenseinkommen:**

Vermögenseinkommen sind schwer regional errechenbar. Aber zumindest die Vermietung und Verpachtung von Wohnungen und Geschäftsflächen erbringt im Bezirk Schwaz zumindest 63 Mio. Euro reinen Mietertrag pro Jahr.

### **Einkünfte aus umverteiltem Einkommen:**

Das sind im Wesentlichen die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen. Kürzungen bei diesen Einkommen haben in den vergangenen Jahren zu einem Ansteigen der Armutsgefährdung in Österreich geführt.

Geht man von einer durchschnittlichen Armutsgefährdung im Bezirk Schwaz aus, so bedeutet das, dass im Bezirk im Jahr 2005 etwa 10.900 Menschen armutsgefährdet waren. Mehr als 5.000 von ihnen lebten in verfestigter Armut. Ohne Sozialleistungen wäre die Armutsgefährdung fast doppelt so hoch (26%) bzw. mehr als 20.000 Menschen wären im Bezirk armutsgefährdet.

Bei den Pensionen ist festzustellen, dass im Bezirk Schwaz die dritthöchsten in Tirol bezahlt werden. Es leben etwa 2.200 AusgleichszulagenbezieherInnen im Bezirk. Und sie leben allesamt unter der Armutsgefährdungsgrenze. Zieht man die durchschnittliche Armutsgefährdung von Pensio-

nistenhaushalt in Österreich heran, so muss angenommen werden, dass etwa 1.400 der rund 14.100 Schwazer PensionistInnen armutsgefährdet sind.

Es kann angenommen werden, dass im Bezirk Schwaz etwa 2.800 Menschen Pflegegeld beziehen.

Die geringe Höhe des Arbeitslosengeldes bedeutet: Wer arbeitslos wird, hat ein hohes Risiko armutsgefährdet zu sein. NotstandshilfebezieherInnen sind im Bezirk Schwaz sogar in hohem Maß armutsgefährdet.

Die Inanspruchnahme von Sozialhilfe liegt im Bezirk Schwaz – wie in allen anderen Bezirken – unter dem Landesdurchschnitt, der durch Innsbruck verzerrt wird.

Im Bezirk lag die Zahl der Wohnbeihilfenbezieher etwa im Landesdurchschnitt. Nur 6% aller Mietzins- und Annuitätenbeihilfen Tirols werden im Bezirk Schwaz ausbezahlt.

## **VERBRAUCHSAUSGABEN:**

Mit 2.660 Euro hatte Tirol zuletzt (2004/05) die dritthöchsten Haushaltsausgaben aller Bundesländer. Der durchschnittliche Anstieg der monatlichen Haushaltsausgaben in Tirol war zudem mit plus 499 Euro (oder plus 23,1%) der mit Abstand höchste aller Bundesländer!

Ingesamt sind die Haushaltsausgaben in gering besiedelten Gebieten um etwa 0,8% höher als der Durchschnitt. Umgelegt auf den Bezirk Schwaz bedeutet das durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in den Jahren 2004/2005 von 2.586 Euro. Das war eine Zunahme um 403 Euro (oder ca. 18%) gegenüber der Konsumerhebung 1999/2000, also binnen 5 Jahren. Das heißt, die monatlichen Haushaltsausgaben stiegen im Bezirk um durchschnittlich 80,6 Euro pro Jahr.

## **Wohnen:**

Konsumerhebung und Mikrozensus weisen für Tirol überdurchschnittliche Wohnkosten aus. Im Bezirk Schwaz können die durchschnittlichen monatlichen Wohnkosten eines Haushalts mit 579,30 Euro angenommen werden. Die durchschnittlichen Wohnkosten pro Quadratmeter lagen im Bezirk geringfügig unter dem Landesdurchschnitt. Im Bezirk empfanden aber zuletzt 17% der Bevölkerung bzw. etwas mehr als 13.000 Menschen die Wohnkosten als starke finanzielle Belastung.

Bei einer Neuvermietung wurde für eine Mietwohnung wurde im Bezirk Schwaz 2006 je nach Wohnwert eine Miete von 387 bis 508 Euro pro Monat verlangt. Eine gebrauchte Eigentumswohnung mit einer durchschnittlichen Größe von knapp 76 m<sup>2</sup> kostete 2006 je nach Wohnwert zwischen 76.074 und 113.773 Euro, eine neue Eigentumswohnung derselben Größe zwischen 143.337 und 169.636 Euro. Schwaz gehört damit zu den eher preiswerteren Bezirken des Landes.

Bei den Energiekosten sind in den letzten Jahren zum Teil deutliche Kostensteigerungen feststellbar. Ein Haushalt mit einem durchschnittlichen Strom- und Gasverbrauch hat derzeit dafür in Schwaz rund 1.578 Euro zu bezahlen. Das sind um 8 % mehr als noch vor zwei Jahren. Die Kosten für Wasser und Abwasser sind von allen Bezirkshauptstädten die geringsten.

### **Mobilität:**

Die Mobilitätskosten eines Haushalts im Bezirk Schwaz liegen etwa 15% über dem Landesdurchschnitt bei durchschnittlich 470 Euro im Monat.

### **Familie:**

Es ist anzunehmen, dass im Bezirk Schwaz etwa 2.000 Menschen (Erwachsene und Kinder) armutsgefährdet sind, weil sie in AlleinerzieherInnen-Haushalten leben. Weitere 2.700 Erwachsene und Kinder sind armutsgefährdet, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben.

Etwa 14.500 Kinder im Bezirk befinden in einem Alter (also jünger als 15 Jahre), wo Betreuung mehr oder weniger erforderlich ist. Im Jahr 2006 wurden aber 80% dieser Kinder (ins. 11.833) nicht in einer Kinderbetreuungseinrichtung, sondern – in der Regel – in der Familie bzw. im (erweiterten) familiären oder Freundes-Bereich oder auch gar nicht betreut. Nur 20% der Schwazer Kinder wurden in einer Betreuungseinrichtung betreut.

Das Angebot an ganztägiger Betreuung ist im Bezirk Schwaz besser als im Landesdurchschnitt, die Betreuungskosten liegen unter dem Landesdurchschnitt.

In Familien entstehen zusätzliche Kosten auch durch Schule und Bildung der Kinder. Im Bezirk Schwaz lagen die durchschnittlichen Bildungsausgaben pro Haushalt mit 14,10 Euro im Landes-, aber unter dem Bundesdurchschnitt.

### **Gesundheit:**

Die monatlichen Ausgaben für Gesundheitspflege (Arzneien, Heilmittel, ärztliche und Krankenhausleistungen) in den Tiroler Haushalten haben sich von 44,80 Euro monatlich (1999/2000) auf 85,10 Euro (2004/05) fast verdoppelt. Im Bezirk Schwaz liegen die durchschnittlichen Gesundheitsausgaben mit 72,40 Euro monatlich unter dem Landesdurchschnitt. Alarmierend sind die Zahlen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung: es weisen etwa 14.000 Erwachsene nur einen mittelmäßigen und etwa 4.000 sogar nur einen schlechten Gesundheitszustand auf.

**Kommunikationskosten:**

Die monatlichen Kommunikationsausgaben lagen in Tirol zuletzt (2004/05) mit 66,50 Euro monatlich im österreichischen Durchschnitt, sind in den letzten Jahren allerdings durch zusätzliche Kommunikationsangebote (Mobiltelefonie und Internet) deutlich gestiegen. Im Bezirk Schwaz geben die Haushalte durchschnittlich 59,50 Euro pro Monat für Kommunikation aus.

**Vermögensbildung:**

Für das Sparen wendet ein Tiroler Haushalt im Schnitt 200 Euro monatlich auf.

**Schulden:**

Die Verschuldung privater Haushalte steigt ebenso wie die Zahl der Privatkonkurse. Es kann angenommen werden, dass die durchschnittliche Verschuldung eines Tiroler Haushalts etwa 28.200 Euro beträgt.

## Quellen

AMS: Arbeitsmarktdaten, [www.ams.at](http://www.ams.at)

AMS: Bezirksprofil Schwaz 2006

Amt der Tiroler Landesregierung: Demographische Daten Tirol 2005 und 2006

Amt der Tiroler Landesregierung: Statistik der Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol – Kindergärten in Tirol 2006/2007

Amt der Tiroler Landesregierung: Tiroler Wohnbaustatistik 2003

Arbeiterkammer Tirol: Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 2005, Innsbruck 2005

Arbeiterkammer Tirol: [www.tirol.arbeiterkammer.at](http://www.tirol.arbeiterkammer.at)

Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

Dunja Petzl: 10 Jahre Bundespflegegeld, Pflegevorsorge – Ein statistischer Überblick, Wien 2003

Gesundheitsministerium: Quantitative und qualitative Erfassung und Analyse der nicht-krankenversicherten Personen in Österreich, Wien 2004

Alois Guger, Markus Marterbauer: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 9/2005, S. 625

Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2006

Landesrechnungshof: Mietzins- und Annuitätenbeihilfen, 3.5. 2004

Oesterreichische Nationalbank: <http://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=800.9.2>

ÖGPP: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien 2004

Österreichische Sozialversicherung: [www.sozialversicherung.at](http://www.sozialversicherung.at)

Rechnungshof: Einkommensbericht 2002

Schuldnerberatung Tirol: [www.sbtiroel.at](http://www.sbtiroel.at)

Sozialhilfe Tirol: [www.sozialhilfetirol.at](http://www.sozialhilfetirol.at)

Sozialministerium: Bericht über die soziale Lage 2001-2002

Sozialministerium: Bericht über die soziale Lage 2003-2004

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005

Statistik Austria: Statistik der Einkommensteuer 2004

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Tirol

Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2006/07

Statistik Austria: Konsumerhebung 1999/2000

Statistik Austria: Konsumerhebung 2004/2005

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistiken 2002 und 2003

Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2005

Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2005

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007

Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1976-2005

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I – Tirol

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol

Statistik Austria: Wohnungen 2006 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, Jahresdurchschnitt 2006

Statistik Austria: [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

Tiroler Familienratgeber

Tiroler Gebietskrankenkasse: [www.tgkk.at](http://www.tgkk.at)

Tiroler Gebietskrankenkasse: Jahresbericht 2006

Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2006

## Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Wien, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Ein wesentliches Ziel der Gesellschaft ist es, fundierte Beiträge für den öffentlichen politischen Dialog liefern.

Anerkennung erwarb sich die ÖGPP einerseits mit der Aufarbeitung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 25, andererseits mit dem ersten „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ (2004) sowie regionalen Studien zur Armuts- und Reichtumsentwicklung in Österreich.

Die ÖGPP veröffentlicht ihre Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage [www.politikberatung.or.at](http://www.politikberatung.or.at).

## Die AutorInnen:

**Dr. phil. Andreas Höferl**, geb. 1959, ist Gründer, Generalsekretär und wissenschaftlicher Leiter der ÖGPP.

**Susanne Halmer**, geb. 1983, studiert Soziologie und Politologie in Wien

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit,  
im Besonderen auch der Wiener Städtischen Versicherung



